



Berichte über Landwirtschaft

Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft

BAND 104 / Ausgabe 02

Agrarwissenschaft
Forschung

Praxis

Erfolgsorientierte Agrarprämie

Agrarförderung neu gedacht: Zwischen ökologischer Wirkung und betrieblicher Machbarkeit

Florian Tietjens, Marlene E. Noack, Uwe Latacz-Lohmann

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Das Konzept der Erfolgsorientierten Agrarprämie (EOAP)	3
3 Datenerhebung und Webanwendung	5
4 Workshops mit Landwirten in 16 Bundesländern – Wer hat teilgenommen?	6
5 Wie kommt die Erfolgsorientierte Agrarprämie in der Praxis an? Ergebnisse aus den Workshops	11
6 Werden die Green Deal-Ziele erreicht? Und wenn ja, wie?	15
6.1 Anzahl der erreichten Ziele sowie Zielvorgaben und erreichte Flächen	15
6.1.1 Anteil der Betriebe mit Zielerreichung – nationale und regionalen Betrachtung	15
6.1.2 Zielvorgaben, erreichte Flächen und Zielerreichungsgrad, in der gesamtdeutschen und regionalen Betrachtung	18
6.2 Welche Maßnahmen wählen die Landwirte bevorzugt, um die Ziele zu erreichen?	22
6.3 Reicht das Geld? Implikationen für den Agrarhaushalt	23
7 Was haben wir gelernt? Feinabstimmung der EOAP	25
Zusammenfassung	28
Summary	29
Literatur	29
Anschrift der Autoren	31
Anhang	32

1 Einleitung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) ist eines der zentralen politischen Instrumente zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und des ländlichen Raums sowie zur Sicherung von Umweltstandards. Seit ihrer Einführung im Jahr 1957 hat sie eine tiefgreifende Entwicklung durchlaufen, um auf sich wandelnde gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Anforderungen zu reagieren. Ursprünglich diente sie dem Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, die Produktivität zu steigern und die Lebensverhältnisse in ländlichen

Räumen zu verbessern. In dieser Rolle wurde die GAP zur Grundlage für den Aufbau einer leistungsfähigen und wettbewerbsfähigen europäischen Landwirtschaft.

In den ersten Jahrzehnten lag der Fokus auf der Steigerung der Produktivität. Durch ein Marktstützungssystem mit garantierten Abnahmepreisen sollte eine stabile und autarke Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln erreicht werden. Dieses Bestreben führte jedoch zunehmend zu wirtschaftlichen Herausforderungen, Spannungen auf den internationalen Agrarmärkten und wachsender Überproduktion, die in den 1980er-Jahren in "Milchseen" und "Butterbergen" gipfelte (WEINGARTEN 2021). Mit der MacSharry-Reform von 1992 leitete die EU eine grundlegende Neuorientierung ein: weg von preisstützenden Mechanismen hin zu einkommensstützenden Direktzahlungen. Mit diesem Übergang wurden die traditionellen Marktstützungsmechanismen zurückgefahren und durch flächen- und tiergebundene Preisausgleichszahlungen (später entkoppelte Direktzahlungen) ersetzt. Hinzu kam eine obligatorische Flächenstilllegung und flankierende Maßnahmen zur Förderung umweltgerechter Produktionsverfahren. Dieser Transformationsprozess setzte sich in den nachfolgenden Reformen fort und rückte die Nachhaltigkeit zunehmend in den Vordergrund, wodurch sich auch das Instrumentarium der GAP stetig erweiterte (HENNING UND GRUNENBERG 2024).

Das volle Ausmaß dieser organischen Weiterentwicklung zeigt sich in der Ausgestaltung der heutigen GAP. Zur Förderung der Nachhaltigkeit stehen nun drei konzeptionell ähnliche Politikinstrumente zur Verfügung: die Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit, die freiwilligen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) der zweiten Säule sowie die neu eingeführten Öko-Regelungen (ÖR). Letztere honorieren einjährige, freiwillige Umweltleistungen wie die Anlage von Blühflächen oder die Anbaudiversifizierung (LAKNER UND RÖDER 2024). Diese Trias führt zu Überschneidungen, Abgrenzungsfragen und komplexen Anrechnungsregelungen – mit der Folge, dass Akzeptanz und Schlagkraft der GAP zunehmend hinterfragt werden. Dies zeigt sich nicht nur im geringen Mittelabruf für Öko-Regelungen im ersten Antragsjahr nach der Agrarreform 2023 (KÜNZEL 2023), vielmehr manifestiert sich die Kritik in wiederholten Bauernprotesten (2019 und 2024) und einer wachsenden Forderung nach stärkerer Einbindung der Landwirte in die politische Entscheidungsfindung. Obwohl die Rücknahme der Dieselrückvergütung und die Besteuerung landwirtschaftlicher Fahrzeuge als unmittelbarer Auslöser der Proteste im Jahr 2024 galten, ging der Unmut der Landwirte deutlich darüber hinaus (DÜWERT 2024). Während die EU eine nachhaltige und klimaneutrale Landwirtschaft anstrebt, fühlen sich viele Landwirte bevormundet, gegängelt und als Bittsteller. Die wachsende Unzufriedenheit ist nicht neu. Bereits eine Befragung von Heinze et al. (2021) im Kontext der Proteste 2019 ergab, dass nahezu alle befragten Landwirte Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft (95,9 %) sowie um die generelle Zukunft der Landwirtschaft (98,2 %) äußerten. Neue politische Vorgaben wurden von 97,5 % als potenzielles Problem identifiziert. Diese Unsicherheiten wurden sowohl durch die Reformen der letzten Jahre als auch durch die anhaltenden Diskussionen um die Ziele des europäischen Green Deals weiter verschärft.

Die beschriebenen Entwicklungen verdeutlichen, dass die GAP durch ihre Pfadabhängigkeit in eine Sackgasse geraten ist. Immer lauter werden daher Forderungen nach einem agrarpolitischen Neustart

und einem dialogorientierten Ansatz. Die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie, die unter anderem die ambitionierten Ziele *Reduktion des Düngemittleinsatzes um 50 %*, eine *Ausweitung des ökologischen Landbaus auf 25 %* und eine *Förderung der Biodiversität (Biodiversitätsstrategie)* vorsieht, erhöht den Handlungsdruck zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund rücken alternative Fördermodelle wie die *Erfolgsorientierte Agrarprämie (EOAP)* oder die *DVL-Gemeinwohlprämie* (vgl. LAMPKIN UND SANDERS 2023) stärker in den Fokus. Diese Konzepte setzen auf eine Honorierung der Landwirte für tatsächlich erbrachte Umwelt- und Klimaleistungen und versprechen zugleich mehr Flexibilität und Planungssicherheit. Speziell die *EOAP* zielt darauf ab, ökologische und ökonomische Ziele zu verbinden, bürokratische Komplexität zu reduzieren und die Effektivität der GAP durch eine klare Zielorientierung zu steigern – indem die Ziele des europäischen Green Deals direkt adressiert werden. Angesichts der laufenden Debatten zur GAP nach 2027 stellt sich jedoch die Frage, ob die *EOAP* ein zukunftsfähiges Modell zur Bewältigung der Herausforderungen einer nachhaltigen und zugleich wettbewerbsfähigen Landwirtschaft sein könnte. Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojektes wurde das Potenzial der *Erfolgsorientierten Agrarprämie (EOAP)* anhand von Workshops mit landwirtschaftlichen Praktikern und Funktionären untersucht und anschließend analysiert, ob und wie dieses Konzept in die zukünftige GAP integriert werden könnte. Dabei lag ein besonderes Augenmerk auf der Akzeptanz des Modells innerhalb der Landwirtschaft und der Effektivität des Modells im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des Green Deals. Ziel des vorliegenden Forschungsprojektes war es, das Modell der *EOAP* an die Anforderungen der Praxis anzupassen und Handlungsempfehlungen abzuleiten, die sowohl den Bedürfnissen der Landwirte als auch den gesellschaftlichen Anforderungen an eine nachhaltige Agrarpolitik gerecht werden können.

Nachfolgend wird zunächst das Konzept der *EOAP* in Kürze vorgestellt, anschließend die Methodik der Datenerhebung und der Aufbau der dafür notwendigen Webanwendung erläutert. Es folgt eine Auswertung der Ergebnisse sowie eine Bewertung der Zielerreichung im Rahmen des Green Deals. Den Abschluss bilden ein Ausblick und Schlussfolgerungen für eine künftige Weiterentwicklung der *EOAP*.

2 Das Konzept der Erfolgsorientierten Agrarprämie (EOAP)

Vor dem Hintergrund wachsender Herausforderungen und der anhaltenden Kritik an der aktuellen GAP gewinnt die Diskussion um alternative Ansätze zunehmend an Bedeutung. Einen innovativen Vorschlag stellt in diesem Kontext die *Erfolgsorientierte Agrarprämie (EOAP)* dar. Dieses Modell wurde erstmals 2022 als Reaktion auf die Kritik an der bestehenden Grünen Architektur der GAP vorgestellt und 2023 in *Berichte über Landwirtschaft* veröffentlicht (vgl. NOACK ET AL. 2023). Ziel der *EOAP* ist es, die Lücke zwischen politischen Zielvorgaben und betrieblicher Realität zu schließen.

Im Gegensatz zu den bislang in Deutschland bekannten Politikinstrumenten der GAP, die häufig als zu bürokratisch, unflexibel und wenig zielgerichtet gelten, setzt die *EOAP* auf eine ergebnisorientierte Vergütung, statt die Einkommensverluste zu bezahlen. Landwirte erhalten Prämien ausschließlich für nachweislich erreichte Umwelt- und Klimaschutzziele, nicht für das bloße Einhalten bestimmter

Maßnahmen. Damit folgt die *EOAP* dem Schwellenwert- und Leistungsprinzip, wodurch öffentliche Gelder gezielt zur Zielerreichung des europäischen Green Deals eingesetzt werden sollen.

Basis des Modells ist ein Maßnahmenkatalog, aus dem Landwirte – je nach betrieblicher Ausgangslage – individuell Maßnahmen auswählen können. Diese sind den Kategorien Grünland (z. B. *Reduktion der N-Düngung um 20 %* oder *Weidetierhaltung*), Ackerland (z. B. *Anbau großkörniger Leguminosen* oder *Schlaginterne Segregation*) und Übergreifend (z. B. *Anbau von Zwischenfrüchten* oder *Ansäuerung bei der Gülleausbringung*) zugeordnet. Im nächsten Schritt wird die Zielerreichung auf einzelbetrieblicher Ebene durch eine Zielerreichungsmatrix messbar gemacht. Dieses „Herzstück“ der *EOAP* fungiert als Bindeglied zwischen den gewählten Maßnahmen und den fünf Zielen des Green Deals:

1. Reduktion der N-Düngung um 20 %
2. Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %
3. Reduktion der N-Verluste um 50 %
4. Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %
5. Biodiversitätsstrategie

Die Matrix weist jeder Maßnahme einen spezifischen Beitrag zur Zielerreichung zu. So trägt beispielsweise der *Anbau großkörniger Leguminosen* – da keine Stickstoffdüngung nötig ist – direkt zur Erreichung des Ziels *Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %* bei. Ein Hektar Leguminosen entspricht fünf Hektar einer anderen Frucht, bei der die N-Düngung um 20 % reduziert würde. Ein Betrieb mit 100 Hektar Ackerfläche könnte dieses Ziel erfüllen, indem er auf 20 Hektar seiner Ackerfläche Leguminosen anbaut. Alternativ könnte er 10 Hektar Leguminosen anbauen und weitere 10 Hektar als Grünbrache stilllegen – denn auch auf Grünbrache wird kein Stickstoffdünger ausgebracht. Im letzteren Fall hätte der Betrieb sogar zwei Green Deal Ziele erreicht – die Reduktion der *Stickstoffdüngung um 20 %* und die *Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %*.

Für jedes erreichte Ziel wird eine Prämie gezahlt – je mehr Ziele ein Betrieb erreicht, desto höher fällt die Gesamtprämie aus. Die Prämienhöhen sind dabei so bemessen, dass sich die Teilnahme finanziell lohnt und Klimaschutz zum Geschäftszweig avancieren kann. Die *EOAP* belohnt gezielt klima- und umweltschonende Bewirtschaftungsmethoden und schafft damit einen leistungsbasierten Anreiz zur Umsetzung der Green Deal-Vorgaben. Gleichzeitig schafft sie eine Grundlage für den von der EU-Kommission angestrebten Benchmarking-Ansatz (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2024). Ein weiterer Vorteil liegt in der Reduktion bürokratischer Hürden. Die *EOAP* zielt darauf ab, sämtliche aktuell bestehenden Förderinstrumente wie Umverteilungsprämie, Öko-Regelungen oder AUKM in einem Modell zu bündeln und so die Komplexität zu verringern. Durch den Fokus auf messbare Ergebnisse statt auf die Umsetzung (und Vergütung) einzelner Maßnahmen steigt nicht nur die Effizienz der Fördermittelvergabe, auch die Akzeptanz der Bevölkerung hinsichtlich der Finanzierung der Landwirtschaft wird gefördert. Konsumenten sehen klar, wofür Landwirte öffentliche Gelder bekommen (für einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz) und warum (sie haben den vorgegebenen Schwellenwert erreicht und somit eine messbare Leistung erbracht). Dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund stagnierender Agrarbudgets von zentraler Bedeutung: Die *EOAP* könnte die

gesellschaftliche Legitimität der Zahlung erhöhen. Darüber hinaus fördert sie die Eigenverantwortung der Landwirte, indem sie mehr Handlungsspielraum und Planungssicherheit bietet.

Vor dem Hintergrund dieses konzeptionellen Ansatzes stellt sich die zentrale Frage, wie ein solches Modell in der landwirtschaftlichen Praxis angenommen wird und welche Wirkung es im Hinblick auf die Zielerreichung entfalten kann. Um diese Fragen zu beantworten, wurde die EOAP im Rahmen mehrerer Workshops mit landwirtschaftlichen Betrieben auf ihre Umsetzbarkeit, Akzeptanz und Wirksamkeit hin erprobt. Die folgenden Kapitel beschreiben die methodische Herangehensweise, die Zusammensetzung der teilnehmenden Betriebe sowie die zentralen Ergebnisse aus der Anwendung und Bewertung des Modells.

3 Datenerhebung und Webanwendung

Die Datenerhebung im Rahmen des Projektes erfolgte mit Unterstützung des Deutschen Bauernverbandes sowie der dazugehörigen Landesbauernverbände. Im Zeitraum von Februar bis November 2024 wurden insgesamt 16 Workshops mit einer Dauer von jeweils 3 Stunden durchgeführt, an denen insgesamt 140 Landwirte teilnahmen. Auf eine reine Onlinebefragung wurde bewusst verzichtet, da die Anwendung der EOAP ausgiebiger Erklärungen bedurfte und sich eine direkte Einführung im Workshop-Format als zielführender erwies. Jeder Workshop begann mit demselben Kurzvortrag, in dem die Grundzüge und die Funktionsweise der EOAP anhand eines Beispielbetriebes vorgestellt wurden. Nach Klärung von Verständnisfragen folgte der zentrale Teil der Veranstaltung: die interaktive Arbeit mit einer eigens entwickelten Webanwendung zur Datenerhebung und Anwendung des EOAP-Modells.

Die Webanwendung gliederte sich in drei Teile. Im ersten Teil wurden sozioökonomische und betriebliche Charakteristika der Teilnehmenden erfasst, darunter Alter, Geschlecht, Bildungsweg, Lage des Betriebs, Betriebsstruktur und -größe (siehe Anhang 1 und 2). Im zweiten Teil sollten die Landwirte eine Reihe von Statements zu Themen wie Umweltbewusstsein, Risikoeignung, Innovationsbereitschaft und agrarpolitischer Einstellung auf einer fünfstufigen Likert-Skala („stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“) bewerten (siehe Anhang 3). Ziel war es, grundlegende Haltungsmuster und die Offenheit gegenüber neuen Fördermodellen zu erfassen. Der dritte und umfangreichste Teil bezog sich schließlich auf die Anwendung der EOAP auf den eigenen Betrieb. Zunächst erhielten die Teilnehmenden eine Einführung in den Maßnahmenkatalog, der in die Bereiche Grünland, Ackerland, nicht-produktive Fläche sowie betriebszweigübergreifende Maßnahmen gegliedert ist. Diese Maßnahmen wurden durch die Moderation im Detail erläutert. Die Landwirte konnten nun für ihren Betrieb relevante oder bereits umgesetzte Maßnahmen auswählen. Die Vorauswahl diente der kognitiven Entlastung, indem der Entscheidungsraum gezielt eingegrenzt wurde. Im Anschluss wurden die kumulierten Anbauumfänge des Ist-Zustandes (Ausgangssituation) der einzelnen Kulturen auf Betriebsebene eingegeben, wobei auf eine schlagspezifische Erfassung verzichtet wurde, um den Zeitrahmen einzuhalten (siehe Anhang 4). Nach der Erfassung des Ist-Zustandes konnten die Teilnehmenden die Anbauumfänge der Ausgangssituation für jede

Maßnahmenkategorie in die *EOAP* spiegeln und bei Bedarf Anpassungen vornehmen (z. B. veränderte Anbauumfänge oder zusätzliche Kulturen durch gewählte Maßnahmen wie eine vielfältige Fruchtfolge o. ä.). Ziel war es dabei, mögliche Veränderungen im Anbauprogramm, die durch das neue Modell hervorgerufen werden können, zu erfassen. Basierend auf diesen Angaben konnten die Teilnehmenden nun Maßnahmen aus dem Katalog gezielt den jeweiligen Kulturen zuordnen. Hierbei war es möglich, Teilflächen zu belegen, sodass nicht zwingend eine gesamte Kultur mit einer Maßnahme belegt werden musste. Bis zu drei Maßnahmen pro Kultur konnten gewählt werden, sofern sich diese inhaltlich nicht ausschlossen. Die Anwendung überprüfte dabei automatisch potenzielle Konflikte zwischen Maßnahmen, um Fehleingaben zu vermeiden. In Fällen, in denen bestimmte Kulturen – wie etwa großkörnige Leguminosen – bereits per Definition einer Maßnahme entsprechen, wurde die entsprechende Maßnahme automatisch zugeordnet, um den Aufwand zu minimieren. Eine Besonderheit ergab sich bei den betriebszweigübergreifenden Maßnahmen, die keiner spezifischen Kultur zugeordnet werden können. Für diese Maßnahmen mussten daher lediglich Gesamtumfänge angegeben werden. Auch hier erfolgte eine automatisierte Prüfung der Voraussetzungen durch die Anwendung. Dies galt insbesondere für komplexere Maßnahmen wie die Fruchtfolgeerweiterung, bei der mehrere Bedingungen erfüllt sein mussten, bevor sie als gültig anerkannt wurde. Insgesamt wurde bei der Programmierung darauf geachtet, die Fehleranfälligkeit zu minimieren und die Anwenderfreundlichkeit zu maximieren.

Nach Abschluss der Dateneingabe konnten die Landwirte die Ergebnisse ihrer Maßnahmenwahl einsehen (siehe Anhang 5). Die Anwendung berechnete dafür die erreichten Flächen, die Zielerreichung in Bezug auf die fünf Green Deal-Ziele sowie die jeweiligen Prämien. Nach Einsicht der Ergebnisse bestand die Möglichkeit, getätigte Eingaben zu optimieren und beispielsweise weitere Maßnahmen zu ergänzen. Sobald die Teilnehmenden mit ihrer Eingabe zufrieden waren, wurden die Daten final gespeichert. Zum Abschluss der Anwendung bewerteten die Landwirte die *EOAP* anhand weiterer Statements auf der bereits bekannten Likert-Skala. Zusätzlich wurden sie gebeten, sich für eines von drei Zukunftsszenarien zu entscheiden: die Beibehaltung der aktuellen Agrarpolitik, ein Wechsel zur *EOAP* oder ein vollständiger Ausstieg aus der EU-Agrarförderung. Zur besseren Einordnung der Ergebnisse wurden außerdem Informationen über die aktuell empfangenen Fördermittel erhoben.

4 Workshops mit Landwirten in 16 Bundesländern – Wer hat teilgenommen?

Im Rahmen der durchgeführten Workshops wurden insgesamt 140 Landwirtinnen und Landwirte aus der Praxis befragt (siehe Tabelle 1). Die Teilnehmenden sind im Durchschnitt 43,7 Jahre alt, wobei der Anteil männlicher Befragter mit 82,9 % deutlich überwiegt. Der Frauenanteil liegt bei 17,1 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 11,0 % weiblich geführter Betriebe (BUNDESINFORMATIONSZENTRUM LANDWIRTSCHAFT 2024). Die Teilnehmenden verfügen über eine akademische Qualifikation im landwirtschaftlichen Bereich: Rund die Hälfte hat einen landwirtschaftlichen (Fach-)Hochschulabschluss, etwa ein Drittel eine Fachschul- oder

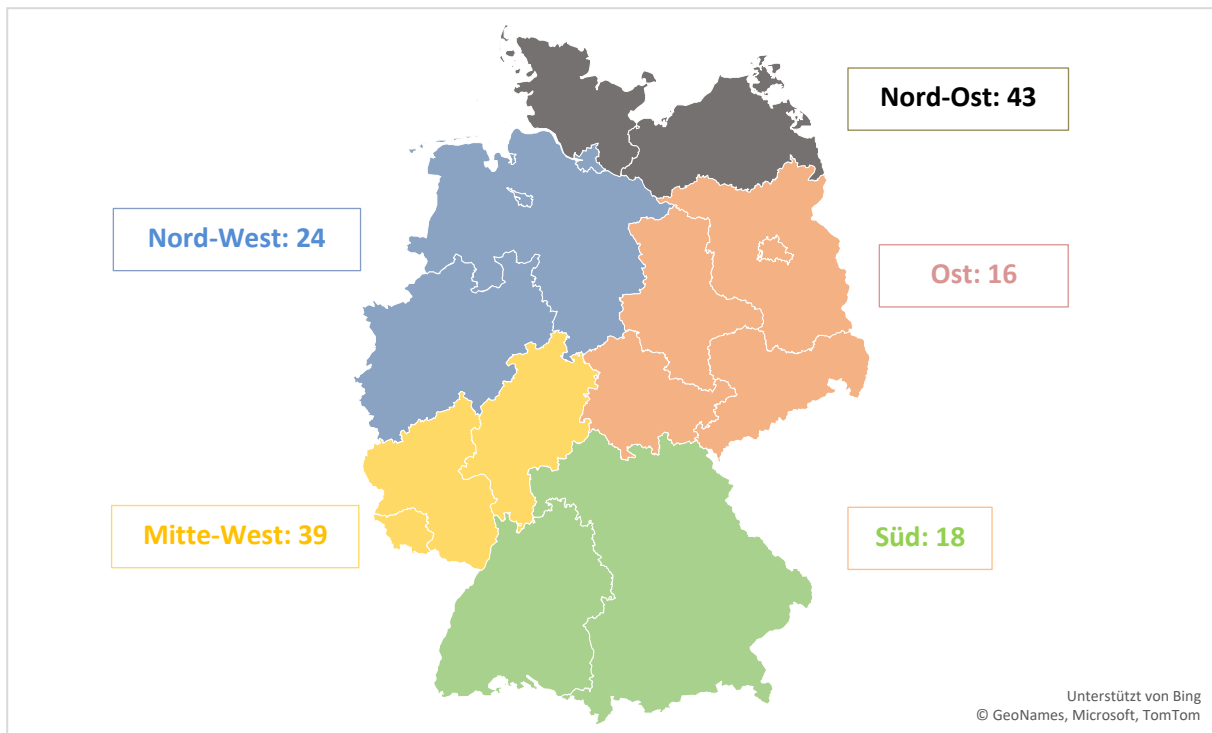
Meisterausbildung (31,4 %). Bezüglich der politischen Orientierung zeigt sich eine deutliche Präferenz für CDU/CSU (52,9 %), während 35,7 % der Befragten keine Präferenz angeben. Die Teilnehmenden kommen aus verschiedenen Regionen Deutschlands, wobei die Schwerpunkte in Nord-Ost (30,7 %) und Mitte-West (27,9 %) liegen.

Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale der Workshopteilnehmer

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehmer (N = 140)
Alter	In Jahren	43,7
Geschlecht	Weiblich	17,1 %
	Männlich	82,9 %
Höchster Bildungsabschluss	Abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung	8,6 %
	Abgeschlossene landwirtschaftliche Fachschule/Meisterschule	31,4 %
	Landwirtschaftlicher (Fach-) Hochschulabschluss	50,7 %
	Berufsausbildung außerhalb der Landwirtschaft	7,1 %
	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	2,1 %
Parteinähe	Keine Partei	35,7 %
	SPD	1,4 %
	Bündnis 90/Die Grünen	2,1 %
	CDU/CSU	52,9 %
	FDP	5,7 %
	AfD	0,7 %
	Die Linke	1,4 %
Region	Nord-Ost	30,7 %
	Ost	11,4 %
	Nord-West	17,1 %
	Mitte-West	27,9 %
	Süd	12,9 %

Quelle: Eigene Darstellung

Die regionale Verteilung ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Region „Nord-Ost“ umfasst 43 teilnehmende Betriebe (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern), die Region „Ost“ 16 Betriebe (Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Thüringen), die Region „Nord-West“ 24 Betriebe (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen), die Region „Mitte-West“ 39 Betriebe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und die Region „Süd“ 18 Betriebe (Bayern, Baden-Württemberg).



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 1: Regionale Verteilung der Workshopteilnehmer

Wie Tabelle 2 zeigt, wirtschaftet die überwiegende Mehrheit der Betriebe konventionell (84,0 %), während 16,0 % ökologisch ausgerichtet sind – ein überdurchschnittlicher Wert im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von 11,0 % (STATISTISCHES BUNDESAMT – DESTATIS 2023). 82,0 % der Befragten führen Haupterwerbsbetriebe. Eine gesicherte Hofnachfolge ist bei etwa 51,4 % der Befragten gegeben, während 35,7 % angeben, dass dieses Thema derzeit nicht relevant ist. Besondere Herausforderungen bestehen bei Betrieben mit Flächen in sogenannten „roten Gebieten“, also Gebieten mit erhöhtem Nitratbelastungsrisiko. Die Betriebsflächen in roten Gebieten betragen im Median 84,5 ha (Mittelwert: 253 ha¹) und machen damit 52,7 % der Betriebsfläche betroffener Betriebe aus. Schutzgebiete sind seltener vertreten, am häufigsten jedoch Flächen in FFH-Gebieten (32,0 %) und Vogelschutzgebieten (24,0 %). Insgesamt zeigt sich, dass viele Betriebe mit besonderen Auflagen oder Einschränkungen konfrontiert sind, was bei der Beurteilung von Förderinstrumenten berücksichtigt werden muss.

Die Betriebsgrößen variieren stark zwischen den Regionen. Während im Süden viele kleinere Betriebe vertreten sind (Mittelwert 347 ha, Median: 56 ha), dominieren im Nordosten (Mittelwert 875 ha, Median: 519 ha) und Osten (Ø 1407 ha, Median: 822 ha) deutlich größere Strukturen. Über alle Regionen hinweg liegt der Mittelwert der Betriebsgröße bei 600 ha (Median: 205 ha), was weit über dem bundesweiten Durchschnitt von 63 ha liegt (STATISTISCHES BUNDESAMT – DESTATIS 2021). Diese

¹ Der Mittelwert entspricht dem arithmetischen Durchschnitt aller Beobachtungen, während der Median den mittleren Wert der nach Größe sortierten Beobachtungen angibt. Eine deutliche Differenz zwischen beiden Kennzahlen weist darauf hin, dass einzelne sehr große oder sehr kleine Betriebe den Durchschnitt beeinflussen.

Größenverteilung spiegelt den allgemeinen Trend zu größeren Betrieben, insbesondere in den neuen Bundesländern, wider, wo 14 % der Betriebe 62 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften. Die Mehrheit der Workshopteilnehmer (78,6 %) verfügt bereits über Erfahrungen mit Agrarumweltmaßnahmen oder Eco-Schemes. Die durchschnittliche Betriebsprämie liegt bei rund 315,5 €/ha (Median: 247,5 €/ha), variiert jedoch stark – von 80 €/ha bis 1300 €/ha. Diese Spanne verdeutlicht die Heterogenität innerhalb der Stichprobe.

Tabelle 2: Betriebsspezifische Charakteristika der Workshopteilnehmer

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehme (N = 140)
Betriebsart	Konventionell	84,0 %
	Ökologisch	16,0 %
Betriebstyp	Haupterwerb	82,0 %
	Nebenerwerb	18,0 %
Betriebsgröße	Gesamtdeutschland	$\bar{x}$ = 205 ha
	Nord-Ost	$\bar{x}$ = 519 ha
	Ost	$\bar{x}$ = 822 ha
	Süd	$\bar{x}$ = 56 ha
	Mitte-West	$\bar{x}$ = 173 ha
	Nord-West	$\bar{x}$ = 117 ha
Gesicherte Hofnachfolge	Nein	5,7 %
	Ja	51,4 %
	Unsicher	7,1 %
	Noch nicht relevant	35,7 %
Fläche in roten Gebieten	Ja	30,0 %
	In ha	$\bar{x}$ = 84,5
	Anteil an der Betriebsfläche	$\bar{x}$ = 53,7 %
Flächen in Schutzgebieten	Nein	49,0 %
	FFH-Gebiete	32,0 %
	Vogelschutzgebiete	24,0 %
	Wasserschutzgebiete	21,0 %
	Landschaftsschutzgebiete	4,0 %
	Naturschutzgebiete	1,0 %
Unterbringung des Wirtschaftsdüngers auf dem Betrieb	Nein	7,9 %
	Ja	63,6 %
	In meinem Betrieb fällt kein	28,6 %
Erfahrung mit AUKM oder Eco-	Ja	78,6 %
Höhe der bisherigen Betriebsprämie		Ø 315,5 €/ha

Quelle: Eigene Darstellung

Auch hinsichtlich der betrieblichen Ausrichtung zeigen sich, wie in Tabelle 3 zu sehen ist, Unterschiede. Bei knapp der Hälfte der Betriebe handelt es sich um Gemischtbetriebe mit Ackerbau und Viehhaltung, gefolgt von reinen Ackerbaubetrieben (38,6 %) und reinen Viehhaltern mit Grünland (14,3 %). Marktfruchtanbau ist auf 77,1 % der Betriebe vertreten. Viele Betriebe betreiben zu dem Ackerfutterbau (46,4 %) oder produzieren erneuerbare Energien (32,9 %) – wie Biogas, Photovoltaik oder Windkraft. Im Bereich der Viehhaltung dominieren die Rinder- (26,4 %; Median: 118 Stallplätze)

und Milchviehhaltung (25,7 %; Median: 175 Stallplätze), wobei die Bestandsgrößen im Mittel über dem bundesweiten Durchschnitt liegen (BUNDESINFORMATIONSZENTRUM LANDWIRTSCHAFT 2022; MILCHTRENDS 2024).

Tabelle 3: Vorhandene Betriebszweige

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehmer (N = 140)
Ausrichtung des Betriebes	Ackerbau	38,6 %
	Viehhaltung	14,3 %
	Gemischtbetriebe	46,4 %
	Sonderkulturen	0,7 %
Marktfruchtanbau	Vorhanden	77,1 %
Ackerfutterbau	Vorhanden	46,4 %
Sonderkulturen	Vorhanden	21,7 %
Sauenhaltung	Vorhanden	2,9 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 660$
Schweinemast	Vorhanden	12,1 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 1349$
Ferkelaufzucht	Vorhanden	1,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 4350$
Geflügelmast	Vorhanden	7,9 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 2250$
Legehennenhaltung	Vorhanden	11,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 150$
Rinderhaltung/ -mast	Vorhanden	26,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 118$
Milchviehhaltung	Vorhanden	25,7 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 175$
Mutterkuhhaltung	Vorhanden	21,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 31$
Schafhaltung	Vorhanden	4,3%
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 200$
Ziegenhaltung	Vorhanden	1,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 130$
Pferdehaltung	Vorhanden	4,3 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 95$
Biogas/PV/Windkraft	Vorhanden	32,9 %
Hofladen/Direktvermarktung	Vorhanden	18,6 %
Forst/Waldbau	Vorhanden	1,4 %
Sonstiges	Vorhanden	3,5 %

Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt zeigt sich, dass die Stichprobe ein breites Spektrum an landwirtschaftlichen Betrieben abdeckt – sowohl in Bezug auf Struktur, Größe und Betriebszweige als auch hinsichtlich politischer und regionaler Unterschiede. Diese Vielfalt ist für die Bewertung der EOAP von besonderem Wert, da sie Rückschlüsse auf die Praxistauglichkeit des Modells unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen erlaubt.

5 Wie kommt die Erfolgsorientierte Agrarprämie in der Praxis an? Ergebnisse aus den Workshops

Im Rahmen der Workshops wurden die Landwirte nicht nur zu sozioökonomischen und betriebspezifischen Aspekten befragt, sondern auch zu ihrer persönlichen Einstellung in fünf zentralen Themenbereichen: *Innovations-/Risikobereitschaft*, *allgemeines Politikinteresse*, *Umwelt- und Klimaschutz*, *Bewertung der aktuellen Agrarpolitik* sowie Einschätzungen zur EOAP (nach Anwendung auf den eigenen Betrieb).

Im Themenfeld *Innovations-/Risikobereitschaft* (Tabelle 4) zeigt sich ein starkes Engagement der Landwirte, ihren Betrieb an moderne Anforderungen anzupassen. Besonders hoch bewerteten sie die Teilnahme an Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen ($\bar{x}$ 4,4) sowie die regelmäßige Auseinandersetzung mit neuen Produktionstechniken ($\bar{x}$ 4,1), wie Spot-Spraying oder Gülleverschlauung. Diese Technologien werden als Schlüssel für eine nachhaltige Betriebsführung wahrgenommen. Auch die Bereitschaft, kalkulierte Risiken einzugehen ($\bar{x}$ 3,9), und der Wille, den Betrieb kontinuierlich den Marktanforderungen anzupassen ($\bar{x}$ 3,8), unterstreichen eine hohe Flexibilität. Gleichzeitig besteht ein hohes Vertrauen in die Empfehlungen von Beratern ($\bar{x}$ 3,8), was die Relevanz professioneller Beratung hervorhebt. Im Gegensatz dazu bewerteten sie die Aussage „Bevor ich etwas Neues ausprobiere, warte ich lieber, ob andere damit Erfolg haben“ niedriger ($\bar{x}$ 2,6), was auf eine grundsätzlich aufgeschlossene und innovationsfreudige Haltung hindeutet.

Tabelle 4: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Innovations-/Risikobereitschaft"

Statement	Mittelwert
Ich nehme an Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teil, um auf dem neusten Stand zu bleiben.	4,4
Ich informiere mich regelmäßig über neue Produktionstechniken (Spot Spraying, Gülleverschlauung, etc.).	4,1
Ich bin bereit Risiken einzugehen, um meinen Betrieb voranzubringen.	3,9
Ich passe meinen Betrieb kontinuierlich den Anforderungen des Marktes an.	3,8
Wenn mein Berater mir rät, dass ich an Förderprogrammen teilnehmen soll, werde ich das auch tun.	3,8
Bevor ich etwas Neues in meinem Betrieb ausprobiere, warte ich lieber erstmal, ob andere damit Erfolg haben.	2,6

Quelle: Eigene Darstellung

Auch das *allgemeine Politikinteresse* ($\bar{x}$ 4,3) ist unter den Teilnehmenden stark ausgeprägt (siehe Tabelle 5). Dies verdeutlicht ihre bewusste Auseinandersetzung mit den politischen Rahmenbedingungen, die ihre berufliche Praxis beeinflussen. Gleichzeitig zeigt sich eine erhöhte Sensibilität gegenüber gesellschaftlicher Kritik am landwirtschaftlichen Berufsfeld ($\bar{x}$ 3,9). Betriebliche Entscheidungen – insbesondere hinsichtlich Förderprogrammen – werden häufig im familiären oder kollegialen Umfeld diskutiert ($\bar{x}$ 3,9), was auf die hohe Relevanz sozialer Netzwerke in der Betriebsführung hinweist.

Tabelle 5: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Allgemeines Politikinteresse"

Statement	Mittelwert
Ich interessiere mich für Politik im Allgemeinen.	4,3
Ich sehe mich als Landwirt zunehmend der öffentlichen Kritik ausgesetzt.	3,9
Ich bespreche die Teilnahme an Politikmaßnahmen mit der Familie oder den	3,9

Quelle: Eigene Darstellung

Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz wird deutlich, dass die befragten Landwirte grundsätzlich ein hohes Verantwortungsbewusstsein für nachfolgende Generationen empfinden ($\bar{x}$ 4,1). Viele betonen die Notwendigkeit eines ressourcenschonenden Umgangs mit natürlichen Grundlagen ($\bar{x}$ 3,8). Gleichzeitig ist eine gewisse Skepsis gegenüber der öffentlichen Darstellung von Umweltproblemen erkennbar ($\bar{x}$ 3,8). Zwar äußern sich die Befragten mehrheitlich zustimmend zu nachhaltigen Wirtschaftsformen, doch zeigt sich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Forderungen nach persönlichem Verzicht zugunsten des Klimaschutzes ($\bar{x}$ 3,2). Auch das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung wird differenziert betrachtet, wobei keine eindeutige Tendenz zugunsten eines der beiden Pole erkennbar ist ($\bar{x}$ 3,0).

Tabelle 6: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Umwelt-/Klimaschutz"

Statement	Mittelwert
Jeder einzelne trägt die Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.	4,1
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	3,8
Die Umweltproblematik wird übertrieben.	3,8
Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz.	3,7
Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.	3,6
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken.	3,2
Es macht mich wütend, wenn ich sehe, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.	3,0
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	3,0

Quelle: Eigene Darstellung

Die befragten Landwirte sehen die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als herausfordernd, insbesondere die gestiegene Komplexität wird als problematisch empfunden ($\bar{x}$ 4,0). Dies unterstreicht die Forderung nach klaren und verständlichen Regelungen. Eine stabile Einkommensgrundstützung ($\bar{x}$ 3,9) wird als essenziell für die wirtschaftliche Sicherheit angesehen, wobei die Abhängigkeit von Beratern für Antragstellung und Betriebsplanung ($\bar{x}$ 3,3) die Handhabbarkeit der GAP weiter erschwert. Auch die Vision einer klimafreundlichen Landwirtschaft stößt teils auf Skepsis und erzeugte bei einigen Teilnehmenden Existenzängste ($\bar{x}$ 3,3). Freiwillige Eco-Schemes werden nur bedingt als attraktiv wahrgenommen ($\bar{x}$ 2,9), und auch die Abschaffung der Umverteilungs- ($\bar{x}$ 2,7) und Junglandwirteprämie ($\bar{x}$ 2,2) findet wenig Zustimmung, da beide Prämien als wichtig erachtet werden. Besonders auffällig ist die geringe Zustimmung zur Aussage, dass die aktuelle Agrarpolitik derzeit ausreichend Planungssicherheit bietet ($\bar{x}$ 1,9) – ein Befund, der dringenden Handlungsbedarf signalisiert.

Tabelle 7: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Aktuelle Agrarpolitik"

Statement	Mittelwert
Die aktuelle GAP ist durch die gestiegene Komplexität kaum noch zu durchblicken.	4,0
Eine solide Einkommensgrundstützung (früher "Basisprämie") ist für die Landwirtschaft weiterhin notwendig.	3,9
Ohne kundige Berater ist eine Betriebsplanung und Antragstellung nicht mehr möglich.	3,3
Die Vision der EU einer klimafreundlichen, nachhaltigen und erdverbundenen Landwirtschaft weckt bei mir Existenzängste.	3,3
Die freiwilligen Öko-Reglungen (Eco-Schemes) finde ich attraktiv.	2,9
Die Umverteilungsprämie sollte abgeschafft werden.	2,7
Einen Ausstieg aus der EU-Agrarförderung kann ich mir aktuell vorstellen.	2,5
Die Junglandwirteprämie sollte abgeschafft werden.	2,2
Die Agrarpolitik der aktuellen Förderperiode bietet den Landwirten genügend Planungssicherheit.	1,9

Quelle: Eigene Darstellung

Die in Tabelle 8 dargestellten *Statements zur EOAP* wurden den Landwirten im Anschluss an die Anwendung des Modells auf den eigenen Betrieb vorgelegt. Insgesamt zeigt sich eine moderat positive Haltung gegenüber der EOAP als künftiges Politikmodell ($\bar{x}$ 3,6). Viele Teilnehmende sehen die EOAP als geeignetes Instrument zur Umsetzung des Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ ($\bar{x}$ 3,6). Dies unterstreicht eine grundsätzliche Akzeptanz eines leistungsbezogenen Fördersystems, das öffentliche Gelder stärker an nachweisbare Umwelt- und Klimaschutzleistungen koppelt. Die angebotenen Maßnahmen im Rahmen der EOAP werden mehrheitlich als attraktiv eingeschätzt ($\bar{x}$ 3,5), wenngleich das Modell die grundsätzliche Teilnahmebereitschaft an EU-Agrarförderprogrammen nur in begrenztem Maße zu erhöhen vermag ($\bar{x}$ 3,4), was auf Unsicherheiten hinsichtlich der Umsetzbarkeit oder der Anforderungen hindeuten könnte. Dieses Ergebnis ist jedoch

im Kontext der Workshops zu sehen, die als Pilotphase der *EOAP* konzipiert waren. Während dieser Phase fanden intensive Gespräche mit den Landwirten statt, um Schwachstellen zu identifizieren und das Modell gezielt zu optimieren.

Tabelle 8: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Erfolgsorientierten Agrarprämie"

Statement	Mittelwert
Den Ansatz der EOAP kann ich mir als Konzept für die künftige Agrarpolitik	3,6
Die EOAP halte ich für ein gutes Mittel zur Umsetzung des Prinzips	3,6
Die angebotenen Maßnahmen finde ich attraktiv.	3,5
Die EOAP erhöht meine Teilnahmebereitschaft an den EU-	3,4
Die EU-Agrarpolitik sollte zukünftig vermehrt nach dem Prinzip "öffentliches	3,3
Die Erreichung der zielspezifischen Schwellenwerte stellt für mich eine	3,3
Die EOAP stellt im Vergleich zur aktuellen GAP Vereinfachungen dar.	3,2
Die Vergütung für die Erreichung der einzelnen Green Deal-Ziele halte ich für	3,1
Die geforderten Green Deal-Ziele halte ich für erstrebenswert.	2,8
Die GLÖZ-Standards sollten ins Ordnungsrecht übernommen werden.	2,0

Quelle: Eigene Darstellung

Weiterhin bewerten die Landwirte die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ mit 3,3, was auf eine verhaltene Akzeptanz hindeutet. Dies zeigt, dass der Ansatz zwar grundsätzlich auf Offenheit stößt, jedoch auch Herausforderungen und mögliche Nachteile wahrgenommen werden. Die zielspezifischen Schwellenwerte der *EOAP* werden ebenfalls mit 3,3 als ambitioniert, teilweise aber auch als schwer erreichbar bewertet. Um die Akzeptanz zu erhöhen, ist eine Herabsetzung der Schwellenwerte in einer Einführungsphase denkbar, verbunden mit einer schrittweisen Anhebung im Zeitverlauf. Alternativ könnte ein klassenbasiertes System nach niederländischem Vorbild eingeführt werden, was im Rahmen der Diskussion ausführlicher behandelt wird. Zudem wird die *EOAP* nur eingeschränkt als Vereinfachung im Vergleich zur aktuellen GAP wahrgenommen ($\bar{x}$ 3,2), was sich vor allem mit der Erstkonfrontation im Rahmen der Workshops erklären lässt. Die Prämienhöhe wird mit 3,1 mehrheitlich als „angemessen“ eingestuft, jedoch nicht als überzeugend. Auch die Ziele des Green Deals stoßen auf gemischte Reaktionen ($\bar{x}$ 2,8), was auf Bedenken hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit oder ihrer Relevanz hindeuten könnte. Deutlich abgelehnt wird die Vorstellung, GLÖZ-Standards (Gute Landwirtschaftliche und Ökologische Zustände) in das Ordnungsrecht zu überführen ($\bar{x}$ 2,0) – hier dominieren Bedenken hinsichtlich weiterer Regulierungen.

Zusammenfassend verdeutlichen die Ergebnisse, dass die *EOAP* zwar als Politikalternative durchaus Potenzial besitzt, jedoch noch Optimierungsbedarf in der Ausgestaltung und praktischen Umsetzung besteht. Insbesondere die wahrgenommene Komplexität, die Höhe der Vergütungen und die Erreichung der Schwellenwerte auf Betriebsebene stellen zentrale Handlungsfelder dar, die für eine erfolgreiche Implementierung weiterentwickelt werden müssen. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass Landwirte grundsätzlich offen für Veränderungen und Innovationen sind, gleichzeitig jedoch

bestehende Strukturen und Maßnahmen kritisch hinterfragen. Der Handlungsbedarf liegt insbesondere in der Reduzierung der Komplexität und der Erhöhung der Attraktivität von Förderprogrammen. Eine zukunftsfähige Agrarpolitik muss Transparenz, Vereinfachung und klare Zielsetzungen bieten, um die Akzeptanz und Wirksamkeit zu steigern. Die Landwirte erkennen die Notwendigkeit einer Veränderung an, fordern jedoch deutlich mehr Planungssicherheit und praktikable Lösungen. Die *EOAP* wird als vielversprechender Ansatz wahrgenommen, allerdings bestehen Vorbehalte hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit.

6 Werden die Green Deal-Ziele erreicht? Und wenn ja, wie?

6.1 Anzahl der erreichten Ziele sowie Zielvorgaben und erreichte Flächen

Im Rahmen der Auswertung der Workshops wurde die Zielerreichung der fünf Green Deal-Ziele aus zwei Perspektiven betrachtet: Zum einen wurde analysiert, welcher Anteil der Betriebe die jeweiligen Ziele erreicht. Hierbei handelt es sich um eine binäre Bewertung (1 oder 0; erreicht oder nicht erreicht), welche zeigt, wie viele Betriebe in der Lage sind, den Anforderungen des jeweiligen Green Deal-Zieles gerecht zu werden. Zum anderen wurde der flächenbezogene Zielerreichungsgrad ermittelt, also das Verhältnis zwischen der aggregierten Zielvorgabe (d.h. der Gesamtfläche aller im Sample vertretenen Betriebe) und der tatsächlich erreichten Fläche über alle Betriebe hinweg. Diese flächenbezogene Betrachtung ermöglicht eine Einschätzung darüber, inwieweit teilnehmende Betriebe jene Betriebe ohne Teilnahme kompensieren können. So könnten beispielsweise bei einem Gesamtzielerreichungsgrad von 120 % bei Green Deal-Ziel 1 (Reduktion der N-Düngung um 20 %) die teilnehmenden Betriebe ihre eigene Fläche vollständig in dieses Ziel einbringen und zusätzlich 20 % der Flächen von Betrieben ohne Zielerreichung mitkompensieren.

Diese kombinierte Betrachtungsweise erlaubt eine differenzierte Einschätzung darüber, in welchem Umfang die Ziele erreicht werden, ob Defizite bestehen und an welchen Stellen mit weiteren Maßnahmen oder auch einer Anpassung der Zahlungshöhen nachgesteuert werden sollte.

6.1.1 Anteil der Betriebe mit Zielerreichung – nationale und regionalen Betrachtung

Die Analyse auf gesamtdeutscher Ebene zeigt, dass die Zielerreichung der fünf Green Deal-Ziele durch die teilnehmenden Betriebe stark variiert. Wie Tabelle 9 zeigt, fällt der Anteil bei der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1) besonders hoch aus: 76,4 % der Betriebe erreichen dieses Ziel. Die hohe Zielerreichung deutet darauf hin, dass viele Landwirte in der Lage sind, Maßnahmen zur Optimierung ihres Düngemiteleinsatzes umzusetzen. Dennoch bleibt ein Viertel der Betriebe unterhalb der Zielvorgabe, was auf strukturelle oder betriebliche Hürden hinweist, die einer flächendeckenden Zielerreichung im Weg stehen.

Tabelle 9: Anteil der Betriebe mit und ohne Zielerreichung der Green Deal-Ziele, für das gesamte Sample

Green Deal-Ziel	Anteil der Betriebe	Anteil der Betriebe
GD 1 - Reduktion der N-Düngung um 20 %	76,4 %	23,6 %
GD 2 - Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	27,9 %	72,1 %
GD 3 - Reduktion der N-Verluste um 50 %	46,4 %	53,6 %
GD 4 - Aufstockung der NPF auf 10 %	36,4 %	63,6 %
GD 5 - Biodiversitätsstrategie	66,4 %	33,6 %

Quelle: Eigene Darstellung

Deutlich herausfordernder gestaltet sich die „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2). Lediglich 27,9 % der Betriebe erreichen dieses Ziel. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden haben Schwierigkeiten, entsprechende Maßnahmen erfolgreich umzusetzen. Diese Ergebnisse verdeutlichen einen bestehenden Handlungsbedarf.

Bei der „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3) zeigt sich ein recht ausgeglichenes Bild: 46,4 % der Betriebe haben dieses Ziel erreicht, 53,6 % jedoch nicht. Da die Verringerung von Stickstoffverlusten eine große ökologische Relevanz hat, insbesondere im Bereich der Verringerung von Umweltbelastungen durch Nitrat im Grund- und Oberflächenwasser, besteht hier ebenfalls Handlungsbedarf.

Bei der Betrachtung der „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 %“ (GD 4) sieht man, dass 36,4 % der Betriebe das Stilllegungsziel auf Ackerland erreichen, während es für 63,6 % der Betriebe eine größere Herausforderung darstellt, produktive Fläche in ausreichendem Umfang aus der Nutzung zu nehmen.

Zu guter Letzt zeigt sich die „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5) mit einer Zielerreichung von 66,4 % als vergleichsweise gut umsetzbar. Ein Drittel der Betriebe bleibt unter den Zielvorgaben, was auf Unterschiede in den betrieblichen Voraussetzungen und in der bisherigen Erfahrung mit biodiversitätsfördernden Maßnahmen schließen lässt.

Tabelle 10: Anteil der Betriebe mit und ohne Zielerreichung der Green Deal-Ziele, in einer regionalen Betrachtung

Green Deal-Ziel	Region	Anteil der Betriebe MIT Zielerreichung	Anteil der Betriebe OHNE Zielerreichung
GD 1 – Reduktion der N-Düngung um 20 %	Nord-Ost	74,4 %	25,6 %
	Ost	75,0 %	25,0 %
	Nord-West	62,5 %	37,5 %
	Mitte-West	79,5 %	20,5 %
	Süd	94,4 %	5,6 %
GD 2 – Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	Nord-Ost	14,0 %	86,0 %
	Ost	43,8 %	56,2 %
	Nord-West	20,8 %	79,2 %
	Mitte-West	35,9 %	64,1 %
	Süd	38,9 %	61,1 %
GD 3 – Reduktion der N-Verluste um 50 %	Nord-Ost	34,9 %	65,1 %
	Ost	43,8 %	56,3 %
	Nord-West	66,7 %	33,3 %
	Mitte-West	46,2 %	53,8 %
	Süd	50,0 %	50,0 %
GD 4 – Aufstockung der NPF auf 10 %	Nord-Ost	32,6 %	67,4 %
	Ost	43,8 %	56,3 %
	Nord-West	33,3 %	66,7 %
	Mitte-West	35,9 %	64,1 %
	Süd	44,4 %	55,6 %
GD 5 – Biodiversitätsstrategie	Nord-Ost	69,8 %	30,2 %
	Ost	81,3 %	18,8 %
	Nord-West	50,0 %	50,0 %
	Mitte-West	56,4 %	43,6 %
	Süd	88,9 %	11,1 %

Quelle: Eigene Darstellung

Ergänzend zur nationalen Betrachtung wurde die Zielerreichung der Green Deal-Ziele auch auf regionaler Ebene differenziert analysiert. Tabelle 10 zeigt dabei den Stichprobenanteil der Betriebe, die die fünf Green Deal-Ziele in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands erreichen bzw. nicht erreichen. Die regionalen Unterschiede verdeutlichen die Auswirkungen betrieblicher Strukturen und geografischer Gegebenheiten auf die Zielerreichung.

Bei der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1) zeigt sich eine weitgehend einheitliche Zielerreichung in vier von fünf Regionen. Vor allem in Mitte-West (79,5 %), Nord-Ost (74,4 %) und Ost (75,0 %) liegen diese recht nah beieinander und nah am deutschen Durchschnitt (76,4 %; siehe Tabelle 9). Lediglich Nord-West liegt mit 62,5 % darunter, was vermutlich auf die intensive Viehhaltung der Region zurückzuführen ist und einigen Betrieben die Umsetzung erschwert. Die Region Süd scheint wiederum mit 94,4 % Zielerreichung wenig Probleme mit der Erreichung von GD 1 zu haben. Hier könnten geografische Gegebenheiten, die eine intensive Bewirtschaftung erschweren, die Reduktion der N-Düngung begünstigen.

Das Ziel „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2) stellt regional eine besonders große Herausforderung dar. Im Nord-Osten erreichten lediglich 14,0 % der Betriebe das Ziel. Höhere Quoten verzeichnen der Osten mit 43,8 % und der Süden mit 38,9 %. Dies könnte sich unter anderem mit unterschiedlichen betrieblichen Ausgangsbedingungen, wie bereits vorhandene Technologien auf Großbetrieben im Osten oder einer bereits extensiven Bewirtschaftung der Flächen im Süden, erklären lassen. Die starke Abhängigkeit von Pflanzenschutzmitteln, beispielsweise infolge ausgeprägter Probleme mit Ackerfuchsschwanzvorkommen in Nord-Ost, dürfte die Zielerreichung in dieser Region zusätzlich erschweren.

In Bezug auf die „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3) zeigen sich die besten Ergebnisse im Nord-Westen (66,7 %) und Süden (50,0 %). Im Gegensatz dazu bleiben Nord-Ost (34,9 %) und Ost (43,8 %) hinter den anderen Regionen zurück. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Maßnahmen wie „Gülleansäuerung“ vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung (Nord-West) gut umsetzbar sind, während es reine Ackerbauregionen (Nord-Ost und Ost) strukturell schwieriger haben.

Auch bei der „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 %“ (GD 4) bleibt die Zielerreichung in den meisten Regionen gering. Die höchsten Anteile erreichen der Süden (44,4 %) und Osten (43,8 %). Diese Unterschiede spiegeln regionale Gegebenheiten wider, etwa in der Produktionsintensität oder der Flächenstruktur. Flächen mit Bewirtschaftungerschwernissen (z. B. außergewöhnliche Höhen- oder Hanglagen) können zu einer höheren Zielerreichung beitragen, was insbesondere in der Region „Süd“ erkennbar ist. In der Region „Ost“ liegt der höhere Zielerreichungsgrad hingegen vermutlich an der vielerorts geringeren Bodenqualität und den damit einhergehenden geringeren Deckungsbeiträgen.

Bei der „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5) erzielen die Regionen Süd (88,9 %) und Ost (81,3 %) die höchsten Zielerreichungen. Mögliche Gründe sind bereits gemachte (positive) Erfahrungen mit Agrarumweltmaßnahmen der zweiten Säule sowie vorhandene naturschutzfachliche Strukturen. Demgegenüber fällt die Region „Nord-West“ mit nur 50,0 % deutlich ab, während „Nord-Ost“ (69,8 %) und „Mitte-West“ (56,4 %) im Mittelfeld liegen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Zielerreichung sowohl zwischen den Green Deal-Zielen als auch zwischen den einzelnen Regionen stark variiert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass regionale Strukturen – wie Produktionsintensität, Flächennutzung, klimatische Bedingungen oder Bewirtschaftungerschwernisse – erheblichen Einfluss auf die Umsetzungsmöglichkeiten haben. Während der Süden tendenziell von günstigen Voraussetzungen profitiert, stehen viehintensive Regionen wie „Nord-West“ oder großflächige Ackerbauregionen wie „Nord-Ost“ vor größeren Herausforderungen.

6.1.2 Zielvorgaben, erreichte Flächen und Zielerreichungsgrad, in der gesamtdeutschen und regionalen Betrachtung

Neben der betrieblichen Zielerreichung wurde im Rahmen der Auswertung auch die flächenbezogene Zielerreichung analysiert. Dabei wurde untersucht, in welchem Umfang die in der Zielmatrix definierten Flächenvorgaben für jedes der fünf Green Deal-Ziele tatsächlich durch die Betriebe

umgesetzt wurden. Diese Betrachtung ermöglicht eine differenzierte Aussage darüber, ob die quantitativen Anforderungen der EU auf Gesamtebene erreicht werden – unabhängig davon, ob einzelne Betriebe alle Zielwerte vollständig erfüllen konnten. Dies ist möglich, da Betriebe Maßnahmenflächen über die Schwellenwerte hinaus einbringen durften. Ergänzend ist in diesem Zusammenhang anzuführen, dass es in den Workshops keine Obergrenze (Kappung) der einzubringenden Maßnahmenfläche gab. Eine Ausnahme bildete allerdings GD 4 („Aufstockung der NPF auf 10 %“). Um zu verhindern, dass Betriebe die *EOAP* als Ausstieg aus der Agrarförderung ansehen und ihre gesamten Flächen stilllegen, durften maximal 20 % der Ackerfläche des jeweiligen Betriebes eingebracht werden.

Tabelle 11: Zielvorgabe, tatsächlich erreichte Fläche und Zielerreichungsgrad der Green Deal-Ziele, für das gesamte Sample

Green Deal-Ziel	Zielvorgabe	Erreichte Fläche	Zielerreichungsgrad
GD 1 - Reduktion der N-Düngung um 20 %	60.385 ha	88.593 ha	146,7 %
GD 2 - Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	56.484 ha	14.459 ha	25,6 %
GD 3 - Reduktion der N-Verluste um 50 %	80.502 ha	64.557 ha	80,2 %
GD 4 - Aufstockung der NPF auf 10 %	7.163 ha	4.132 ha	57,7 %
GD 5 - Biodiversitätsstrategie	84.034 ha	93.627 ha	111,4 %

Quelle: Eigene Darstellung

Die Ergebnisse (in Tabelle 11 dargestellt) zeigen, dass für drei der fünf Ziele die aggregierten Flächenvorgaben nicht nur erreicht, sondern zum Teil auch übererfüllt werden. Besonders hervorzuheben ist hier das Ziel der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1). Während auf betrieblicher Ebene etwa dreiviertel der Teilnehmenden das Ziel erreichen, liegt der flächenbezogene Zielerreichungsgrad bei 146,7 %. Das bedeutet, dass die Gesamtfläche, die durch entsprechende Maßnahmen zur Reduktion der N-Düngung eingebracht wurde, um ca. 47 % über der erforderlichen Zielgröße liegt. Dies verdeutlicht, dass einige Betriebe durch eine über die Zielvorgabe hinausgehende Bereitstellung von Maßnahmenflächen die Defizite anderer Betriebe kompensieren konnten. Weiterhin bleibt bezüglich GD 1 anzumerken, dass künftig auch die Flächen in roten Gebieten für die Zielerreichung angerechnet werden sollen, da hier bereits eine verringerte Stickstoffdüngung umgesetzt wird. Eine entsprechende Vergütung jener Flächen ist allerdings nicht zulässig, da die roten Gebiete dem Ordnungsrecht unterliegen. Rechnet man die Flächen in roten Gebieten der Gesamtstichprobe an (10.600 ha), läge der Zielerreichungsgrad bei 164,2 %.

Im Gegensatz dazu zeigt sich beim Ziel der „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2) ein deutliches Defizit. Dieser flächenbezogene Zielerreichungsgrad liegt hier bei lediglich 25,6 %. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit dem Anteil der Betriebe, die das Ziel erreichen (27,9 %; vgl. Tabelle 9). Folglich haben die teilnehmenden Betriebe lediglich die unbedingt notwendige Maßnahmenfläche eingebracht. Dieses Ergebnis unterstreicht die Herausforderungen, die mit der Umsetzung der PSM-Reduktion verbunden sind, und impliziert weiteren Handlungsbedarf.

Für das Ziel „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3) ergibt sich ein Zielerreichungsgrad von 80,2 %. Die aggregierten Flächen der Maßnahmen, die auf eine Reduktion der N-Verluste abzielen, bleiben unter dem Sollwert.

Tabelle 12: Zielvorgabe, tatsächlich erreichte Fläche und Zielerreichungsgrad der Green Deal-Ziele, in einer regionalen Betrachtung

Green Deal-Ziel	Region	Zielvorgabe	Erreichte	Zielerreichungs-
GD 1 - Reduktion der N-Düngung um 20 %	Nord-Ost	27.189 ha	41.275 ha	151,8 %
	Ost	16.164 ha	21.278 ha	131,6 %
	Nord-West	4.847 ha	8.746 ha	180,4 %
	Mitte-West	7.703 ha	10.271 ha	133,3 %
	Süd	4.482 ha	7023 ha	156,7 %
GD 2 - Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	Nord-Ost	27.914 ha	4.503 ha	16,2 %
	Ost	14.852 ha	4.022 ha	27,1 %
	Nord-West	3.528 ha	1.210 ha	51,3 %
	Mitte-West	6.174 ha	2.403 ha	38,9 %
	Süd	4.116 ha	1.721 ha	41,8 %
GD 3 - Reduktion der N-Verluste um 50 %	Nord-Ost	36.246 ha	28.192 ha	77,8 %
	Ost	21.561 ha	17.457 ha	80,9 %
	Nord-West	6.457 ha	7.675 ha	118,9 %
	Mitte-West	10.264 ha	7.342 ha	71,5 %
	Süd	5.974 ha	3.891 ha	65,1 %
GD 4 - Aufstockung der NPF auf 10 %	Nord-Ost	3.489 ha	1.783 ha	51,1 %
	Ost	1.883 ha	1.086 ha	57,7 %
	Nord-West	478 ha	526 ha	110,0 %
	Mitte-West	788 ha	462 ha	58,6 %
	Süd	525 ha	275 ha	52,4 %
GD 5 - Biodiversitätsstrategie	Nord-Ost	37.621 ha	41.456 ha	110,2 %
	Ost	22.516 ha	27.606 ha	122,6 %
	Nord-West	6.985 ha	7.050 ha	100,9 %
	Mitte-West	10.667 ha	7.631 ha	71,5 %
	Süd	6.245 ha	9.886 ha	158,3 %

Quelle: Eigene Darstellung

Auch GD 4 „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 %“ wurde auf Flächenebene nicht erreicht. Trotz einzelner Betriebe, die überdurchschnittlich viele Flächen stillgelegt haben, liegt der kumulierte Zielerreichungsgrad von 57,7 % unter der Vorgabe. Die Gründe hierfür liegen unter anderem in der Flächenkonkurrenz, zu geringen Kompensationszahlungen sowie regional unterschiedlichen betrieblichen Rahmenbedingungen.

Im Gegensatz zu den vorherigen Zielen zeigt sich bei der „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5) mit einem Zielerreichungsgrad von 111,4 % eine Übererfüllung. Zu beachten bleibt hier jedoch auch, dass die Erreichung dieses Ziels stark regional geprägt ist, was im Folgenden näher erläutert wird.

Ergänzend zur bundesweiten Analyse wurden auch die flächenbezogenen Zielerreichungsgrade der fünf Green Deal-Ziele auf regionaler Ebene ausgewertet. Diese differenzierte Betrachtung erlaubt es, regionale Besonderheiten, betriebliche Strukturen und geographische Voraussetzungen in die Bewertung der Maßnahmenwirksamkeit einfließen zu lassen.

Für das Ziel der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1) zeigt sich ein klares Bild (siehe Tabelle 12): In allen fünf Regionen wurde die Zielvorgabe deutlich übertroffen. Die höchsten Zielerreichungsgrade verzeichneten die Regionen „Nord-West“ mit 180,4 % sowie „Süd“ mit 156,7 %. Selbst in der Region „Ost“, die mit 131,6 % den niedrigsten Wert aufweist, wurde die Zielvorgabe deutlich überschritten. Dieses Ergebnis unterstreicht, dass eine Reduktion der N-Düngung unter verschiedenen regionalen Bedingungen gut umsetzbar ist.

Die „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2) weist auch in der regionalen Betrachtung keine wesentlichen Veränderungen auf. Die Zielerreichungsgrade reichen von 16,2 % in der Region „Nord-Ost“ bis maximal 51,3 % in „Nord-West“. Dies bedeutet, dass selbst in der am besten abschneidenden Region kaum die Hälfte der Maßnahmenfläche erreicht wurde.

Bei der „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3) ergibt sich ein uneinheitliches regionales Bild. Die Region „Nord-West“ übertraf mit 118,9 % als einzige die Zielvorgabe – ein Ergebnis, das sich plausibel mit der dortigen hohen Viehdichte und der damit einhergehenden Möglichkeit der Gülleansäuerung erklären lässt. Die Regionen „Ost“ (80,9 %) und „Nord-Ost“ (77,8 %) verfehlen das Ziel moderat, während der „Süden“ mit 65,1 % einen vergleichsweise niedrigen Wert aufwies.

Für das Ziel „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 %“ (GD 4) zeigt sich insgesamt ein geringer Umsetzungsgrad. Lediglich die Region „Nord-West“ konnte mit 110,0 % die Zielvorgabe übertreffen. In den übrigen Regionen lag die Zielerreichung deutlich darunter – zwischen 51,1 % in „Nord-Ost“ und 58,6 % in „Mitte-West“. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass wirtschaftliche Anreize für die Stilllegung produktiver Flächen nicht ausreichen oder dass Landwirte den entstehenden Produktionsverlust nur begrenzt zu kompensieren vermögen.

Bei der „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5) zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Besonders hohe Zielerreichungsgrade verzeichnen die Regionen „Süd“ mit 158,3 % sowie „Ost“ mit 122,6 %. Im Gegensatz dazu liegt der Zielerreichungsgrad in der Region „Mitte-West“ mit 71,5 % deutlich unter dem Sollwert, während „Nord-West“ und „Nord-Ost“ im mittleren Bereich liegen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die EOAP sowie die damit verknüpften Ziele grundsätzlich auf positive Resonanz in der Praxis stoßen und in vielen Betrieben auch konkret umgesetzt werden können. Insgesamt waren 10,7 % der teilnehmenden Betriebe in der Lage, alle fünf Green Deal-Ziele vollständig zu erreichen. Demgegenüber steht ein ebenso großer Anteil von 10,7 %, der keines der Ziele erfüllen konnte. Die Mehrheit der Betriebe erreichte hingegen zwischen ein und drei Zielen, was die Heterogenität der Betriebe und die Vielfalt der Ausgangsbedingungen widerspiegelt. Eine tiefergehende Analyse zeigt, dass Betriebe, die keines der Ziele erreichten, häufig durch bestimmte strukturelle Merkmale gekennzeichnet waren: Es handelt sich in der Regel um größere, intensiv wirtschaftende Betriebe, die konventionell ausgerichtet und überwiegend im Haupterwerb tätig waren. Zudem verfügten sie über überdurchschnittlich große Tierbestände, was auf systembedingte

Herausforderungen bei der Zielerreichung – insbesondere in Bezug auf Nährstoffmanagement und Flächenstilllegung – hinweist. Deutlich wurde auch, dass Erfolge und Defizite stark zwischen den einzelnen Zielen und Regionen variierten. Während „Reduktion der N-Düngung“ (GD 1) und die „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5) in vielen Regionen flächenbezogen übererfüllt wurden, zeigt sich bei der „Reduktion des PSM-Einsatzes“ (GD 2) sowie der „Aufstockung nicht-produktiver Flächen“ (GD 4) weiterer Handlungsbedarf. Vor diesem Hintergrund erscheint eine räumlich differenzierte Ausgestaltung der *EOAP* als sinnvoll, um regionale Unterschiede, betriebliche Strukturen und Standortgegebenheiten gezielter berücksichtigen zu können. Darüber hinaus könnte bei Zielen mit sehr hohen Zielerreichungsgraden – etwa GD 1 oder GD 5 – die Einführung einer „Kappung“ in Erwägung gezogen werden. Dies würde verhindern, dass einzelne Ziele überproportional viel Budget binden, und könnte dazu beitragen, das verfügbare GAP-Budget effizient und zielgerichteter einzusetzen.

6.2 Welche Maßnahmen wählen die Landwirte bevorzugt, um die Ziele zu erreichen?

Die Analyse der gewählten Maßnahmen im Rahmen der *EOAP* zeigt, welche Strategien Landwirte bevorzugt nutzen, um die Anforderungen des Green Deal und die damit verknüpften Ziele zu erfüllen. Die Ergebnisse verdeutlichen dabei sowohl betriebliche Prioritäten als auch die praktische Umsetzbarkeit einzelner Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Praxis. Der Maßnahmenkatalog (siehe Anhang 7) ist über die Faktorenmatrix (siehe Anhang 6) mit den Green Deal-Zielen verknüpft und bildet somit die Entscheidungsgrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe. Der Katalog lässt sich in vier Kategorien unterteilen: Grünlandmaßnahmen, ackerbauliche Maßnahmen, Maßnahmen zur Flächenstilllegung sowie übergreifende Maßnahmen. Im Folgenden wird dargestellt, welche Maßnahmen innerhalb der einzelnen Kategorien bevorzugt gewählt werden, um die Green Deal-Ziele zu erreichen.

Auf Grünland (siehe Anhang 8) ist die Maßnahme „Artenreiches und extensives Grünland“ mit 42,0 % die am häufigsten gewählte Option, gefolgt von „Altgrasstreifen“ (38,0 %) und dem „Verzicht auf PSM und Mineraldünger“ (36,0 %). Seltener entscheiden sich die Betriebe für die „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (15,0 %) und den „Verzicht auf organische Düngung“ (14,0 %). Letzterer war nur in Kombination mit dem „Verzicht auf PSM und Mineraldünger“ möglich, was die geringere Wahl erklärt. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass insbesondere Maßnahmen mit hoher wahrgenommener Praktikabilität und geringen Nutzeneinschränkungen bevorzugt werden. Für Viehhalter spielten „Extensive Weidetierhaltung“ (34,0 %) sowie „Weidetierhaltung“ (20,0 %) eine wichtige Rolle. Da rund 61 % der teilnehmenden Betriebe Tiere halten, werden diese Optionen, bei entsprechender Weidetierhaltung häufig in Anspruch genommen.

Auf Ackerflächen (siehe Anhang 9) wird der „Pflugverzicht“ mit 74,0 % am häufigsten gewählt. Dies dürfte unter anderem auf die Teilnahme größerer Betriebe zurückzuführen sein, die aufgrund ihrer Flächengrößen ohnehin seltener pflügen. Ebenfalls stark nachgefragt sind der „Anbau großkörniger Leguminosen“ (48,0 %), der „Halbierte PSM-Einsatz“ (36,0 %) sowie die „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (31,0 %). Weniger Zuspruch erfahren die Maßnahmen „Schlaginterne Segregation I“ und „II“,

was vermutlich an ihrer Komplexität und mangelnden Bekanntheit liegt. Diese Maßnahmen sind relativ neu im agrarpolitischen Kontext und dürften vielen Landwirten bisher kaum vertraut sein.

In der Kategorie nicht-produktive Fläche (siehe Anhang 10) dominieren klar die Maßnahmen „Grünbrache“ (78,0 %) und deren „Aufwertung mit Blümmischung“ (56,0 %). Insgesamt wählen 56,0 % der Betriebe eine aufgewertete Grünbrache und 22,0 % eine Grünbrache mit Selbstbegrünung. Darüber hinaus verfügen 46,0 % der Betriebe über bereits bestehende nicht-produktive Flächen, die auf ordnungsrechtliche Verpflichtungen wie den Erhalt von Landschaftselementen basieren. Diese Flächen tragen zwar zur Zielerreichung bei, können jedoch nicht über die *EOAP* honoriert werden, da sie bereits rechtlich verpflichtend sind und somit nicht als freiwillige Umweltleistung gelten.

Die sogenannten übergreifenden Maßnahmen (siehe Anhang 11) sind nicht an eine spezifische Kultur gebunden. Besonders hohes Interesse zeigen die Landwirte an der „Winterbegrünung“. Diese wird von 67,0 % der Betriebe gewählt. Auch die „Fruchtfolgeerweiterung“ findet mit 39,0 % hohe Zustimmung. Die hohe Akzeptanz der Winterbegrünung dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass diese Maßnahme den GLÖZ-Standards entspricht und in der Praxis bereits etabliert ist. Deutlich weniger Anklang finden hingegen der „Räumliche Kulturartenwechsel“ (14,0 %) und „Unbearbeitete Stoppeläcker“ (10,0 %).

Die Ergebnisse zeigen, dass Maßnahmen wie der Pflugverzicht, die Winterbegrünung oder artenreiches Grünland auf breite Zustimmung stoßen – insbesondere, wenn sie sich unaufwändig in bestehende Betriebssysteme integrieren lassen. Gleichzeitig wird deutlich, dass Maßnahmen mit höherem Informationsbedarf, höherer Komplexität oder eingeschränkter Praktikabilität deutlich seltener gewählt werden. Insbesondere für spezifische Maßnahmen in der Viehhaltung oder neue Elemente im Ackerbau besteht noch Optimierungsbedarf. Ein erweitertes Maßnahmenangebot, zielgerichtete Beratung und regionale Anreize könnten dazu beitragen, die Umsetzungsbreite zu erhöhen und die Akzeptanz bislang weniger genutzter Optionen zu steigern.

6.3 Reicht das Geld? Implikationen für den Agrarhaushalt

Für die Beurteilung des Finanzbedarfs der *EOAP* ist zunächst eine Analyse des aktuell verfügbaren GAP-Budgets in Deutschland erforderlich, um die ermittelten Mittelbedarfe in Relation setzen zu können. Seit Januar 2023, mit der Einführung der Grünen Architektur, stehen in der Ersten Säule der GAP freiwillige einjährige Agrarumweltmaßnahmen – die sogenannten Öko-Regelungen – zur Verfügung. Für deren Finanzierung sind 23 % der Direktzahlungen vorgesehen, was einem jährlichen Budget von etwa 1 Mrd. € entspricht (UMWELTBUNDESAMT 2024). Hinzu kommen 3,418 Mrd. € für die pauschale Flächenförderung (Einkommensgrundstützung), sodass sich das Gesamtbudget der Ersten Säule im Jahr 2024 auf 4,424 Mrd. € beläuft (UMWELTBUNDESAMT 2024). Demgegenüber stehen die mehrjährigen Agrarumwelt- und Klimaprogramme (AUKM) der Zweiten Säule, die in der Regel über fünf Jahre laufen und umweltgerechte Produktionsverfahren sowie Naturschutzmaßnahmen fördern. Landwirte erhalten für die Teilnahme an diesen Programmen eine Kompensation für damit verbundenen Mehrkosten und Einkommensverluste. Finanziert werden diese Programme gemeinsam von EU, Bund und Ländern. Für den Zeitraum von 2023 bis 2027 stehen in Deutschland rund 5,5 Mrd. € für die

ländliche Entwicklung zur Verfügung, wovon ein Teil auch noch in Umweltschutz und ökologischen Landbau fließt. Umgerechnet auf das Jahr 2024 ergibt sich daraus ein jährliches Budget von 1,584 Mrd. €, einschließlich der Umschichtung in Höhe von 492 Mio. € aus der ersten Säule (UMWELTBUNDESAMT 2024; MILICEVIC 2023). Addiert man die verfügbaren finanziellen Mittel der Ersten und Zweiten Säule, ergibt sich ein jährliches GAP-Budget für Deutschland in Höhe von knapp 6 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Studie ermittelt, welcher Finanzierungsbedarf für die EOAP auf Bundesebene zu erwarten wäre.

Tabelle 13: Abgerufene Prämien je Ziel der Erfolgsorientierten Agrarprämie (N=140)

Green Deal-Ziel	Prämie pro Ziel
1 – Reduktion der N-Düngung um 20 %	15.6161.202 €
2 – Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	888.114 €
3 – Reduktion der N-Verluste um 50 %	2.850.882 €
4 – Aufstockung der NPF auf 10 %	1.394.250 €
5 – Biodiversitätsstrategie	11.548.151 €
Gesamtprämie	32.297.599 €

Quelle: Eigene Darstellung

Hierfür wurden zunächst die in der Stichprobe abgerufenen Prämien pro Ziel aggregiert (siehe Tabelle 13). Die Summe der in der Stichprobe abgerufenen Mittel beläuft sich auf rund 32 Mio. €. Bezogen auf die zugrundeliegende landwirtschaftliche Nutzfläche von 64.034 ha ergibt sich eine durchschnittliche Prämie von 384 €/ha (siehe Formeln 1 - 3).

$$\frac{\text{Gesamtprämie des Samples}}{\text{Landwirtschaftliche Nutzfläche des Samples}} = \chi \quad (1)$$

$$\frac{32.297.599 \text{ €}}{64.034 \text{ ha}} = \chi \quad (2)$$

$$\chi = 384 \text{ €/ha} \quad (3)$$

Diese Durchschnittsprämie wurde auf die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland hochgerechnet. Bei einer bundesweiten Fläche von 16,6 Mio. ha (AHRENS 2024) ergibt sich daraus ein hochgerechneter Finanzbedarf von 6,374 Mrd. €, um die abgerufenen Prämien auf Bundesebene bezahlen zu können. Dieser Wert liegt auf den ersten Blick nahe am aktuellen Gesamtbudget der GAP, unterliegt jedoch gewissen Einschränkungen. Zentraler Punkt ist, dass die EOAP – nach den im Modell hinterlegten Annahmen – bestehende Maßnahmen der Ersten und Zweiten Säule vollständig ersetzen müsste, um das aktuelle Budget uneingeschränkt nutzen zu können. Dies würde eine Auflösung der derzeitigen Säulenstruktur voraussetzen – ein Szenario, das vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen über eine tiefgreifende GAP-Reform nicht mehr ausgeschlossen ist. So sind beispielsweise von der EU-Kommission umfassende Kürzungen und Umstrukturierungen des GAP-

Haushalts angedacht (KOCKEROLS 2024). Dennoch bleibt kritisch anzumerken, dass die vorliegende Stichprobe nicht repräsentativ ist und im Mittel lediglich zwei der fünf *EOAP*-Ziele vollständig erreicht, beziehungsweise übererfüllt werden. Bei der Erreichung von drei und mehr Zielen würde der Mittelbedarf deutlich ansteigen, und damit das aktuelle Budget überschreiten. Hinzu kommt, dass aus Sicht der befragten Landwirte bestimmte Zahlungen der Ersten Säule – insbesondere die Einkommensgrundstützung, die Junglandwirteprämie und die Umverteilungsprämie – auch künftig erhalten bleiben sollten. Während die Einkommensgrundstützung und Umverteilungsprämie im *EOAP*-Modell bereits implizit berücksichtigt werden oder nicht dem Leistungsprinzip entsprechen, gilt dies nicht für die Junglandwirteprämie, deren Fortführung aus struktureller Sicht künftig geprüft und gegebenenfalls beibehalten werden müsste, was einen entsprechenden Budgetbedarf mit sich bringen würde.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die *EOAP* nicht als isoliertes Politikinstrument betrachtet werden darf. Vielmehr ist sie als ganzheitlicher Ansatz zu verstehen, der zum Abbau der Komplexität beiträgt, eine zielorientierte Agrarförderung ermöglicht und bestehende Förderstrukturen ablösen soll. Sollte sich im Zuge der Umsetzung zeigen, dass das vorhandene Budget zur vollständigen Deckung der Leistungen nicht ausreicht, wäre vor dem Hintergrund des Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ eine Erhöhung der verfügbaren Mittel auf politischer Ebene zu diskutieren. Parallel dazu wäre zu prüfen, wie einkommenswirksam die Prämienzahlung im Rahmen der *EOAP* tatsächlich ist, um gegebenenfalls Anpassungen an der Höhe oder Struktur der Prämien vorzunehmen und ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Umweltleistungen und Einkommenssicherung sicherzustellen.

7 Was haben wir gelernt? Feinabstimmung der *EOAP*

Die *EOAP* hat sich im Rahmen der Workshops als ein praxisnahes und akzeptiertes Modell zur Umsetzung der GAP erwiesen. Insgesamt 78,0 % der teilnehmenden Landwirte sprachen sich für die Einführung der *EOAP* aus. Demgegenüber bevorzugten 13,5 % die Beibehaltung der aktuellen Agrarpolitik, während 8,5 % einen vollständigen Ausstieg aus der EU-Agrarförderung befürworteten. Der zentrale Vorteil der *EOAP* liegt aus Sicht der Befragten in ihrem zielorientierten Ansatz: Statt pauschaler Flächenzahlungen werden konkrete ökologische und wirtschaftliche Leistungen honoriert – im Sinne des Prinzips „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Damit stellt die *EOAP* eine zukunftsgerichtete Alternative zum bestehenden Förderregime dar. Besonders positiv wird die Vereinfachung gegenüber der bisherigen Förderstruktur hervorgehoben. Durch die Bündelung bestehender Elemente wie Basisprämie, Eco-Schemes, AUKM, GLÖZ-Standards und weiterer Vorgaben in einem einheitlichen System bietet die *EOAP* das Potenzial, den hochkomplexen Instrumentenkoffer der aktuellen GAP deutlich zu verschlanken. Die Teilnehmenden begrüßen zudem die hohe Flexibilität des Modells, das sowohl regionale Unterschiede berücksichtigt als auch neue Technologien und Maßnahmen integrieren kann. Diese Offenheit erlaubt eine dynamische Anpassung an künftige politische Rahmenbedingungen und Zielsetzungen und kann somit langfristig als stabiler Baustein

einer nachhaltigen Landwirtschaft dienen. Die Ergebnisse der Workshops zeigen außerdem, dass die *EOAP* eine breite Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe anspricht. Nur rund 10 % ($n = 15$) erreichen keines der Ziele. Insgesamt wird deutlich, dass grundsätzlich sowohl kleinere als auch größere Betriebe, Ackerbau- wie Viehhaltungsbetriebe sowie konventionelle wie ökologische Betriebe grundsätzlich Zugang zum Modell der *EOAP* finden, sofern Maßnahmen praxisnah ausgestaltet und realistisch umsetzbar sind. Die Möglichkeit, das Modell regional zu differenzieren, wird ebenso positiv bewertet wie die Perspektive, neue Technologien und Maßnahmen zu integrieren. Trotz der hohen Akzeptanz besteht weiterhin Potenzial für Optimierungen, etwa bei der Verminderung von Einstiegshürden, der Bewertung einzelner Maßnahmen sowie der Weiterentwicklung des Prämien- und Zielsystems. Diese Aspekte werden im Folgenden näher erläutert.

Die Weiterentwicklung der *EOAP* erfordert eine stärkere Ausrichtung an der betrieblichen Praxis, den regionalen Gegebenheiten sowie den Potenzialen technischer Innovationen. In den durchgeführten Workshops wird die Notwendigkeit eines flexiblen, anpassungsfähigen Fördermodells betont, das ökologische und ökonomische Zielsetzungen gleichermaßen berücksichtigen sollte.

Die Umsetzung der fünf zentralen Ziele der *EOAP* im Rahmen des Green Deals verdeutlicht ein differenziertes Bild: Während die „Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %“ von über drei Vierteln der Betriebe erfolgreich umgesetzt wird – mit einer erreichten Zielfläche von 146,7 % – bereiten andere Ziele, insbesondere die „Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes um 50 %“, deutlich größere Schwierigkeiten. Lediglich 27,9 % der Betriebe erreichen dieses Ziel. Die Gründe hierfür liegen unter anderem im Fehlen praktikabler Alternativen, einem hohen Anpassungsbedarf im Betriebsmanagement, unsicheren rechtlichen Rahmenbedingungen sowie in unzureichender Beratung. Im Gegensatz dazu begünstigen bei der N-Reduktion klare und messbare Zielvorgaben, ein geringer Investitionsaufwand, vorhandene Vorerfahrungen sowie technische und beratende Unterstützung die erfolgreiche Umsetzung. Auch bei den übrigen Zielen treten Unterschiede in der Zielerreichung zutage. Die „Reduktion der Stickstoffverluste um 50 %“ wird von knapp der Hälfte der Betriebe erreicht, überwiegend durch Maßnahmen wie „Zwischenfruchtanbau“ oder „emissionsarme Gülleausbringung“. Der bestehende Maßnahmenkatalog gilt jedoch als zu begrenzt, was den Handlungsspielraum der Betriebe einschränkt. Die Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (im Rahmen der Biodiversitätsstrategie) werden von 66,4 % der Betriebe erfolgreich umgesetzt, insbesondere in Regionen mit langjährigen Erfahrungen bei der Teilnahme an Agrarumweltprogrammen, wie etwa in Süddeutschland. Deutlich hinter den Vorgaben zurück bleibt dagegen die Zielerreichung bei der „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen auf 10 %“, die nur 36,4 % der Betriebe erfüllen. Vor allem in intensiv genutzten Ackerbauregionen wird die erforderliche Stilllegung als kaum umsetzbar empfunden.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich zentrale Empfehlungen ableiten. So sollte der Maßnahmenkatalog erweitert werden, etwa durch technologische Optionen wie Spot Spraying oder Gülleensäuerung im Stall. Einzelmaßnahmen wie der Verzicht auf PSM und Mineraldünger sollten separat wählbar sein, um den Betrieben mehr Flexibilität zu bieten. Eine bessere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten könnte durch eine Kombination aus bundesweit einheitlicher

Grundstruktur (Bundesliste) und ergänzenden Maßnahmen auf Länderebene (Landesliste) erreicht werden. Auf diese Weise könnten auch bewährte Programme der aktuell noch in der Zweiten Säule verankerten AUKM in das *EOAP*-Modell überführt und durch die Länder kofinanziert werden. Zur Erhöhung der Praxistauglichkeit wird empfohlen, Nachmeldungen von erbrachten Leistungen – beispielsweise bei kurzfristiger Reduktion des PSM-Einsatzes – sowie flexible Anpassungen infolge witterungsbedingter Änderungen zu ermöglichen. Ebenso sollten Pflegemaßnahmen im Grünland differenzierter berücksichtigt werden. Das Honorierungsmodell selbst sollte auf realistischen Einkommensverlusten und Anpassungskosten beruhen, transparent kalkuliert und einfach administrierbar sein. Eine regelmäßige Anpassung der Prämienhöhen auf Basis betrieblicher Erfahrungswerte erscheint ebenfalls sinnvoll. Langfristig ist die kontinuierliche Einbindung der Praxis entscheidend, ebenso wie ein Fokus auf Maßnahmen mit nachhaltiger Wirkung. Ein weiterer Vorschlag betrifft die Einführung eines Pufferfonds, um finanzielle Unsicherheiten abzufedern und möglichen Über- bzw. Unterzeichnungen einzelner Ziele – etwa als Reaktion auf politische oder klimatische Veränderungen – flexibel begegnen zu können. Ein solcher Fonds könnte entweder aus nicht ausgeschöpften Mitteln gespeist werden oder durch einen jährlich zurückgehaltenen Geldbetrag bereitgestellt werden, um eine bedarfsgerechte Ausschüttung im Sinne der Zielerreichung zu ermöglichen. Die genaue Ausgestaltung eines solchen Mechanismus bedarf weiterer Prüfung.

Derzeit wird unter Einbeziehung der bisherigen Erkenntnisse an einem umfassenden Konzept zur Weiterentwicklung der *EOAP* („*EOAP 2.0*“) gearbeitet. Zentrale Elemente dieser Reform umfassen eine stärkere Regionalisierung in Form von Landeslisten für jedes Bundesland, die fachliche Weiterentwicklung der Biodiversitätsstrategie in Kooperation mit Agrarökologen und Biologen sowie die Integration zusätzlicher Ziele, insbesondere der Themen Bodenschutz und Tierwohl, in die bestehende Zielerreichungsmatrix. Darüber hinaus steht die praxistaugliche Neugestaltung der Prämienstruktur im Fokus, die auf einer detaillierten, realitätsnahen Kostenkalkulation basiert. Ziel ist es, die tatsächlichen Einkommensverluste und betrieblichen Anpassungskosten präzise abzubilden und auszugleichen – als Grundlage für ein transparentes, planbares und praxistaugliches Honorierungsmodell.

Im Zuge dieser konzeptionellen Weiterentwicklung wird auch die Bezeichnung des Modells überdacht. Um den Fokus auf **tatsächlich nachweisbare Umweltwirkungen** noch deutlicher herauszustellen, wird derzeit diskutiert, die „Erfolgsorientierte Agrarprämie“ künftig in „**Ergebnisorientierte Agrarprämie**“ umzubenennen. Damit würde stärker betont, dass nicht die bloße Umsetzung von Maßnahmen, sondern deren **messbarer Beitrag zur Zielerreichung** im Mittelpunkt steht – im Sinne einer klaren, überprüfbaren und wirkungsbasierten Agrarförderung.

Die Erfolgsorientierte Agrarprämie hat sich im Praxistest als tragfähiges Modell erwiesen, das ökologische Wirksamkeit mit ökonomischer Umsetzbarkeit vereint. Mit der geplanten Weiterentwicklung zur „*EOAP 2.0*“ liegen nun zentrale Weichenstellungen vor, um regionale Unterschiede besser zu berücksichtigen, weitere Zielbereiche zu integrieren und Prämien realistischer auszugestalten. Damit wächst das Modell über seine ursprüngliche Konzeption hinaus – hin zu einem konsistenten, vereinfachten und leistungsorientierten System, das den vielfältigen Anforderungen

einer modernen Agrarförderung gerecht werden kann. Die breite Akzeptanz in der Praxis zeigt: Die „EOAP 2.0“ ist mehr als ein Reformvorschlag – sie stellt einen konkreten Ansatz für eine glaubwürdige und zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik dar.

Zusammenfassung

Erfolgsorientierte Agrarprämie

Agrarförderung neu gedacht: Zwischen ökologischer Wirkung und betrieblicher Machbarkeit

Die Workshops zur *Erfolgsorientierten Agrarprämie (EOAP)* haben gezeigt, dass dieses Modell großes Potenzial für eine nachhaltige und leistungsorientierte Agrarförderung bietet. Landwirtinnen und Landwirte schätzen insbesondere den flexiblen und transparenten Ansatz, der ökologische mit ökonomischen Zielen verbindet. Erste (theoretische) Umsetzungserfolge, etwa bei der Stickstoffreduktion und Förderung der Biodiversität, belegen die Wirksamkeit klar definierter und praxisnaher Zielvorgaben. Hier fehlten vielerorts praktikable Alternativen und die Anforderungen an das Betriebsmanagement erwiesen sich als zu hoch. Um die Wirksamkeit und die Akzeptanz der *EOAP* weiter zu steigern, wird eine Erweiterung des Maßnahmenkatalogs empfohlen, etwa durch die Integration moderner Technologien. Zudem sollten eine stärkere Regionalisierung über ergänzende Landeslisten sowie eine vereinfachte, leistungsbezogene Vergütung geprüft werden. Auch ein gestuftes Prämienmodell, angelehnt an das niederländische System, könnte weitere Betriebe zur Teilnahme motivieren. Ziel ist es, die *EOAP* weiterzuentwickeln, ihre Attraktivität zu erhöhen und zusätzliche Umweltleistungen zu generieren.

Langfristig hat die *EOAP* das Potenzial, als stabiler Baustein einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Landwirtschaft zu wirken. Voraussetzung dafür ist ein flexibles System, das sich an neue politische Zielsetzungen und technologische Entwicklungen anpassen kann. Ein kontinuierlicher Dialog mit der landwirtschaftlichen Praxis und regelmäßige Evaluierungen sind ebenso unerlässlich, um die Wirksamkeit und Akzeptanz der Maßnahmen zu sichern wie die Sicherung der Finanzierungsgrundlage. Die *EOAP* steht an einem entscheidenden Wendepunkt: Ihre bisherigen Erfolge und die konstruktiven Rückmeldungen aus der Praxis bieten eine tragfähige Basis für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung. Entscheidend ist nun, dass Landwirte, Politik und Wissenschaft gemeinsam an einem wirksamen, transparenten und tragfähigen System arbeiten – eines, das nicht nur Umwelt- und Wirtschaftsziele vereint, sondern als Vorbild für eine nachhaltige Transformation der europäischen Agrarförderung und Landwirtschaft dienen kann.

Summary

Performance-based Agricultural Payment (EOAP)

Rethinking agricultural subsidies: between ecological impact and operational feasibility

The workshops on the *Performance-based Agricultural Payment (EOAP)* have shown that this model holds significant potential for sustainable and outcome-based agricultural funding. Farmers particularly value its flexible and transparent approach, which combines ecological and economic objectives. Initial (theoretical) implementation successes, such as nitrogen reduction and biodiversity enhancement, confirm the effectiveness of clearly defined and practically oriented targets.

However, some measures – particularly those related to the reduction of plant protection products – proved challenging due to the lack of practical alternatives and high demands on farm management. To improve the EOAP's effectiveness and acceptance, an expansion of the measure catalogue is recommended, for example through the integration of modern technologies. In addition, stronger regionalization via supplementary state-level (Bundesländer) lists and simplified, performance-based compensation models should be considered. A tiered payment scheme, inspired by the Dutch model, could also encourage broader participation among farms.

In the long term, the EOAP has the potential to become a stable component of a future-proof and sustainable agricultural policy. This requires a flexible system capable of adapting to changing political goals and technological developments. Ongoing dialogue with the farming sector and regular evaluations are essential to ensure the effectiveness and acceptance of the measures – as is securing long-term financial viability.

The EOAP stands at a critical juncture. Its early successes and the constructive feedback from practice provide a solid foundation for further development. What is now needed is close collaboration between farmers, policymakers and the scientific community – to create a robust, transparent and effective system that not only aligns ecological and economic goals but can also serve as a model for the sustainable transformation of European agricultural policy.

Literatur

AHRENS, Sandra, 2024. Landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland in den Jahren 1949 bis 2024. Hg. v. Statista. [Zugriff am 05.12.2025]. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/206250/umfrage/landwirtschaftliche-nutzflaeche-in-deutschland/>

BUNDESINFORMATIONSZENTRUM LANDWIRTSCHAFT (BZL), 2022. Rindermast in Deutschland - Ein Überblick. [Zugriff am 04.12.2024]. Verfügbar unter <https://www.nutztierhaltung.de/rind/mast/>

BUNDESINFORMATIONSZENTRUM LANDWIRTSCHAFT (BZL), 2024. Frauen in der Landwirtschaft. Landwirtinnen: Hofnachfolge und betriebliche Zukunft. [Zugriff am 04.12.2024]. Verfügbar unter

<https://www.praxis-agrar.de/betrieb/betriebsfuehrung/landwirtinnen-hofnachfolge-und-betriebliche-zukunft>

DÜWERT, Madeline, 2024. Ein Jahr nach den Bauernprotesten: Was haben sie den Bauern gebracht? Land & Forst. [Zugriff am 18.06.2025]. Verfügbar unter <https://www.landundforst.de/politik/jahr-bauernprotesten-haben-bauern-gebracht-572446>

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2024. Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU legt Präsidentin von der Leyen seinen Abschlussbericht vor. Hg. v. Europäische Kommission. [Zugriff am 14.07.2025]. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4528

HEINZE, Rolf G., Rabea Bieckmann, Sebastian Kurtenbach, Armin Kuchler, 2021. Bauernproteste in Deutschland. Aktuelle Einblicke und politische Verortung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (3), S. 360–379. DOI: 10.1515/fjsb-2021-0035

HENNING, Christian und Michael Grunenberg, 2024. Zur alten und neuen Logik der Agrarpolitik in Europa: Gibt es effektive Steuerungsmechanismen einer nachhaltigen Landwirtschaft? In: *Wirtschaftsdienst* 104 (3), S. 153–158. Doi: 10.2478/wd-2024-0046

KOCKEROLS, Konstantin, 2024. EU-Kommission plant Radikalkur des GAP-Budgets. Hg. v. Top agrar. [Zugriff am 09.10.2024]. Verfügbar unter <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/brussel-plant-radikalkur-des-gap-budgets-c-20007560.html>

KÜNZEL, Thomas, 2023: Eco-Schemes. Prämien werden nachgebessert. Hg. v. DLG-Mitteilungen. [Zugriff am 09.10.2024]. Verfügbar unter <https://www.dlg-mitteilungen.de/artikel/eco-schemes-praemien-werden-nachgebessert>

LAKNER, Sebastian und Norbert Röder, 2024. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU: Flaggschiff-Politik oder ewige Reformruine? In: *Wirtschaftsdienst* 104 (3), S. 159–164. DOI: 10.2478/wd-2024-0047

LAMPKIN, Nicolas und Jörn Sanders, 2023. Mögliche Ansätze zur Honorierung von Umweltleistungen: UGÖ-Schlussbericht Teil II.5. Verbundprojekt "Entwicklung eines leistungsdifferenzierten Honorierungssystems für den Schutz der Umwelt". Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. [Zugriff am 15.06.2026]. Verfügbar unter https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn067276.pdf

MILCHTRENDS.DE, 2024. Entwicklung der Milchproduktion in Deutschland. Thünen-Institut, Institut für Betriebswirtschaft, [Zugriff am 04.12.2024]. Verfügbar unter <https://www.milchtrends.de/daten-und-fakten/milchproduktion>

MILICEVIC, Vera; 2023. Die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik: Zahlen und Fakten. Hg. v. Europäisches Parlament. [Zugriff am 05.12.2024]. Verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/106/die-finanzierung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-zahlen-und-fakten>

NOACK, Marlene Elisabeth, Florian TIETJENS, Uwe LATACZ-LOHMANN, 2023. Erfolgsorientierte Agrarprämie. In: *Berichte über Landwirtschaft - Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft* 101. DOI: 10.12767/BUEL.V101I2.470

STATISTISCHES BUNDESAMT (DESTATIS), 2021. Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. Umstellung auf den Ökolandbau hält an: Anteil der Ökofläche steigt auf 9,6 %. [Zugriff am 04.12.2024]. Verfügbar unter

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_028_412.html

STATISTISCHES BUNDESAMT (DESTATIS), 2023. Zahl der Ökobetriebe in der Landwirtschaft zwischen 2020 und 2023 um 10 % gestiegen. Anstieg der ökologischen Wirtschaftsweise sowohl bei der landwirtschaftlichen Nutzfläche als auch in der Tierhaltung. [Zugriff am 04.12.2024]. Verfügbar unter

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_136_41.html

UMWELTBUNDESAMT, 2024. Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in der europäischen Agrarförderung. [Zugriff am 09.12.2024], Verfügbar unter

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/umweltmassnahmen-im-agrarbereich#umweltschutz-in-der-landwirtschaft>

WEINGARTEN, Peter, 2021. Die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). [Zugriff am 22.05.2024]. Verfügbar unter

<https://www.bpb.de/themen/umwelt/landwirtschaft/327284/die-entwicklung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-der-eu/>

Anschrift der Autoren

Dr. Florian Tietjens

Institut für Agrarökonomie, CAU zu Kiel

Wilhelm-Seelig-Platz 6/7

24118 Kiel

0170-9399891

florian.tietjens@ae.uni-kiel.de

Dr. Marlene E. Noack

Institut für Agrarökonomie, CAU zu Kiel

Wilhelm-Seelig-Platz 6/7

24118 Kiel

01523-3566633

mnoack@ae.uni-kiel.de

Prof. Dr. Uwe Latacz-Lohmann

Institut für Agrarökonomie, CAU zu Kiel

Wilhelm-Seelig-Platz 6/7

24118 Kiel

0171-1947028

ulatacz@agric-econ.uni-kiel.de

Anhang

Anhang 1: Eingabemaske der Webanwendung – Personenbezogene Daten

Angaben zu Ihrer Person

Sämtliche Informationen werden anonym erfasst, es besteht für uns nicht die Möglichkeit von den Informationen auf Ihre Person zu schließen.

Bitte wählen Sie Ihr Geschlecht aus.

- ☐ Weiblich ☐ Männlich ☐ Divers

Bitte geben Sie Ihr Geburtsjahr an.

1900

Bitte geben Sie die ersten zwei Stellen Ihrer Postleitzahl an.

10

Welches ist Ihr höchster Berufsabschluss?

- ☐ Abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung ☐ Abgeschlossene landwirtschaftliche Fachschule oder Meisterprüfung ☐ Landwirtschaftlicher (Fach-)Hochschulabschluss
- ☐ Berufsabschluss außerhalb der Landwirtschaft ☐ Ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- ☐ Sonstiges

Welcher Partei stehen Sie am nächsten?

- ☐ Keiner Partei ☐ SPD ☐ Bündnis 90/Die Grünen
- ☐ CDU/CSU ☐ FDP ☐ AfD
- ☐ Die Linke
- ☐ Sonstiges

Zurück

9%

Nächster Schritt

Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 2: Eingabemaske der Webanwendung – Betriebsbezogene Daten

Bitte wählen Sie die in Ihrem Betrieb vorhandenen Betriebszweige aus und geben Sie - wenn möglich - die vorhandenen Stallplätze an

☐ Marktfruchtbau	☐ Ackerfutterbau/Silomais	☐ Sonderkulturen
☐ Rinderaufzucht/-mast 0	☐ Milchviehhaltung 0	☐ Mutterkuhhaltung 0
☐ Geflügelmast 0	☐ Legehennenhaltung 0	☐ Sauenhaltung 0
☐ Schweinemast 0	☐ Hofladen/Direktvermarktung	☐ Biogas/Photovoltaik/Windkraft

Sonstiges:

Auf welche Art bewirtschaften Sie Ihren Betrieb?

☐ Konventionell ☐ Ökologisch

In welcher Erwerbsform bewirtschaften Sie Ihren Betrieb?

☐ Haupterwerb ☐ Nebenerwerb

Wie viel Fläche bewirtschaften Sie in „Roten Gebieten“?

ha

Bewirtschaften Sie Flächen in Schutzgebieten?

Sofern Sie Flächen in Schutzgebieten bewirtschaften, wählen Sie bitte die entsprechenden Schutzgebiete aus.

☐ Ich bewirtschafte keine Flächen in Schutzgebieten. ☐ FFH-Gebiete ☐ Vogelschutzgebiete

☐ Wasserschutzgebiete

Sonstiges:

Können Sie den in Ihrem Betrieb anfallenden Wirtschaftsdünger auf der eigenen Fläche unterbringen?

☐ Nein ☐ Ja ☐ In meinem Betrieb fällt kein Wirtschaftsdünger an

Ist die Hofnachfolge Ihres Betriebes gesichert?

☐ Nein ☐ Ja ☐ Unsicher

☐ Noch nicht relevant

Nehmen Sie aktuell an Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) oder Eco-Schemes teil?

☐ Nein ☐ Ja

Zurück

36%

Nächster Schritt

Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 3: Eingabemaske der Webanwendung – Einstellung der Probanden

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Ich interessiere mich für Politik im Allgemeinen.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich sehe mich als Landwirt zunehmend der öffentlichen Kritik ausgesetzt.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich bin bereit Risiken einzugehen, um meinen Betrieb voranzubringen.	☐	☐	☐	☐	☐
Bevor ich etwas Neues in meinem Betrieb ausprobiere, warte ich lieber erstmal ab, ob andere damit Erfolg haben.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich informiere mich regelmäßig über neue Produktionstechniken (Spot Spraying, Gülleverschlachtung, etc.)	☐	☐	☐	☐	☐
Wenn mein Berater mir rät, dass ich an Förderprogrammen teilnehmen soll, werde ich das auch tun.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich bespreche die Teilnahme an Politikmaßnahmen mit der Familie oder den Berufskollegen.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich nehme an Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten teil, um auf dem neusten Stand zu bleiben.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich passe meinen Betrieb kontinuierlich den Anforderungen des Marktes an.	☐	☐	☐	☐	☐

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	☐	☐	☐	☐	☐
Es macht mich wütend, wenn ich sehe, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.	☐	☐	☐	☐	☐
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	☐	☐	☐	☐	☐
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken.	☐	☐	☐	☐	☐
Jeder Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.	☐	☐	☐	☐	☐
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	☐	☐	☐	☐	☐
Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Naturschutz.	☐	☐	☐	☐	☐

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Ohne kundige Berater ist eine Betriebsplanung und Antragsstellung nicht mehr möglich.	☐	☐	☐	☐	☐
Die aktuelle GAP ist durch die gestiegene Komplexität kaum noch zu durchblicken.	☐	☐	☐	☐	☐
Eine solide Einkommensgrundstützung (früher "Basisprämie") ist für die Landwirtschaft weiterhin notwendig.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Junglandwirteprämie sollte abgeschafft werden.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Umverteilungsprämie sollte abgeschafft werden.	☐	☐	☐	☐	☐
Die freiwilligen Öko-Regelungen (Eco-Schemes) finde ich attraktiv.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Agrarpolitik der aktuellen Förderperiode bietet den Landwirten genügend Planungssicherheit.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Vision der EU einer klimafreundlichen, nachhaltigen und erdverbundenen Landwirtschaft weckt bei mir Existenzängste.	☐	☐	☐	☐	☐
Ein Ausstieg aus der EU-Agrarförderung kann ich mir aktuell vorstellen.	☐	☐	☐	☐	☐

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" erhöht meine Teilnahmebereitschaft an den EU-Agrarförderprogrammen.	☐	☐	☐	☐	☐
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" stellt im Vergleich zur aktuellen GAP eine Vereinfachung dar.	☐	☐	☐	☐	☐
Die GLÖZ-Standards sollten ins Ordnungsrecht übernommen werden.	☐	☐	☐	☐	☐
Die angebotenen Maßnahmen finde ich attraktiv.	☐	☐	☐	☐	☐
Die ausgewählten "Green Deal"-Ziele halte ich für erstrebenswert.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Vergütungen für die Erreichung der einzelnen "Green Deal"-Ziele halte ich für angemessen.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Erreichung der zielspezifischen Schwellenwerte stellt für mich eine Herausforderung dar.	☐	☐	☐	☐	☐
Die EU-Agrarpolitik zukünftig verstärkt nach dem Prinzip "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" ausgerichtet werden.	☐	☐	☐	☐	☐
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" halte ich für ein gutes Mittel zur Umsetzung des Prinzips "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen".	☐	☐	☐	☐	☐
Den Ansatz der „Erfolgsorientierten Agrarprämie“ kann ich mir als Konzept für die künftige Agrarpolitik vorstellen.	☐	☐	☐	☐	☐

Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 4: Eingabemaske der Webanwendung – Eingabemaske Beispielbetrieb

Grünland

Grünland

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
Wiese	100 ha / 67%	100 ha / 67%	Altgrasstreifen 10 Reduktion N-Düngu 10 + Maßnahme hinzufügen
Mähweide	50 ha / 33%	50 ha / 33%	Weidetierhaltung 50 + Maßnahme hinzufügen
Gesamt:	150 ha / 100%	150 ha / 100%	
Mähweide			Ausgangssituation übernehmen

Ackerland

Ackerland

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
Getreide: Winterweizen	100 ha / 33%	100 ha / 33%	Halbierter PSM-Eins 10 Schlaginterne Segre 90 + Maßnahme hinzufügen
Hülsenfrüchte: Ackerbohnen	50 ha / 17%	50 ha / 17%	Anbau großkörnig... 50 Halbierter PSM-Ei... 25 Pflugverzicht 0
Ölsaaten: Winterraps	50 ha / 17%	50 ha / 17%	Schlaginterne Segre 25 + Maßnahme hinzufügen
Getreide: Hafer	50 ha / 17%	50 ha / 17%	Pflugverzicht 50 + Maßnahme hinzufügen
Getreide: Winterroggen	50 ha / 17%	50 ha / 17%	+ Maßnahme hinzufügen
Gesamt:	300 ha / 100%	300 ha / 100%	
Winterroggen			Ausgangssituation übernehmen

Fläche aus Produktion

Fläche aus Produktion

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
Stilllegung/Brache	10 ha / 50%	10 ha / 50%	Grünbrache 10 Aufwertung Grün... 5
Landschaftselemente	10 ha / 50%	10 ha / 50%	Nichtproduktive ... 10
Gesamt:	20 ha / 100%	20 ha / 100%	
Knicks/Hecken			Ausgangssituation übernehmen

Übergreifend

Übergreifende Maßnahmen

Maßnahme	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha	
- Zwischenfrucht	40 ↕ ha	40 ↕ ha	Winterbegrünung...	40 ↕
- Fruchtfolgeerweiterung		300 ↕ ha	Fruchtfolgeerwei...	300 ↕
			Max. Getreideanteil	Soll: 66% Ist: 67%
			Min. verschiedene Ackerlandkulturen (min. 10%)	Soll: 5 Ist: 5
- Ansäuerung bei Gülleausbringung	100 ↕ ha	100 ↕ ha	Ansäuerung bei G...	100 ↕
Grasuntersaat ↕ +	Ausgangssituation übernehmen			

Zurück

64%

Nächster Schritt

Anhang 5: Eingabemaske der Webanwendung – Ergebnis der EOAP für einen Beispielbetrieb

Ihre Prämien

Green-Deal-Ziele	Prämie	Zielvorgabe	Erreichte Fläche	Gesamtprämie
Reduktion der N-Düngung um 20 %	165,00 €/ha	338 ha	430 ha	70.950,00 €
Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	165,00 €/ha	249 ha	73 ha	0,00 €
Reduktion der N-Verluste um 50 %	77,00 €/ha	450 ha	352 ha	0,00 €
Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %	750,00 €/ha	32 ha	29 ha	0,00 €
Biodiversitätsstrategie	150,00 €/ha	470 ha	160 ha	0,00 €
			Summe	151,00 €/ha 70.950,00 €

Zurück

73%

Nächster Schritt

Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 6: Faktorenmatrix der EOAP

Green Deal-Ziele						
Maßnahmen	Prämienhöhe	Reduktion der N-Düngung um 20 %	Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	Reduktion der N-Verluste um 50 %	Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %	Biodiversitätsstrategie
Anbau großkörniger Leguminosen	200 €/ha	5	0	2	0	0
Grünbrache	750 €/ha	5	2	2	1	0
Aufwertung Grünbrache mit Blühhmischung	200 €/ha	0	0	0	0	2
Halbierter PSM-Einsatz	165 €/ha	0	1	0	0	0
Schlaginterne Segregation I	110 €/ha	1	0	0.4	0	0
Schlaginterne Segregation II	120 €/ha	1	0.2	0.4	0.1	0
Verzicht PSM und Mineraldünger	300 €/ha	1	2	0.4	0	0.7
Pflugverzicht	50 €/ha	0	0	0	0	1
Reduktion N-Düngung um 20 %	100 €/ha	1	0	0.4	0	0
Mehrfähriger Ackerfütterbau	100 €/ha	2	2	0.8	0	1
Artenreiches & extensives Grünland	240 €/ha	3.5	0	1.4	0	1
Weidetierhaltung	200 €/ha	0	0	0	0	1
Altgrasstreifen	100 €/ha	0.5	0	0.2	0	1
Extensive Weidetierhaltung	350 €/ha	1	0	0.4	0	1
Verzicht PSM und Mineraldünger	200 €/ha	1.5	0	0.6	0	1
Verzicht organische Düngung	200 €/ha	3.5	0	1.4	0	1
Reduktion N-Düngung um 20 %	90 €/ha	1	0	0.4	0	0
Winterbegrünung (Zwischenfrüchte, Untersaat,...)	100 €/ha	0	0	2	0	1
Unbearbeitete Stoppeläcker	50 €/ha	0	0	0	0	2
Kleinteilige Landwirtschaft	60 €/ha	0	0	0	0	0.5
Räumlicher Kulturartenwechsel	50 €/ha	0	0	0	0	1
Ansäuerung bei Gülleausbringung	30 €/ha	0	0	1	0	0
Fruchtfolgeerweiterung	150 €/ha	0	0	0	0	0.5

Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 7: Kurzfassung des Maßnahmenkataloges der EOAP

Grünlandmaßnahmen

- Altgrasstreifen (G1): Anlage von 10 % Altgrasstreifen pro Hektar Grünland (100 €/ha)
- Artenreiches Grünland (G2): Maximal 65 kg/ha organischer Stickstoff, keine mineralische Düngung (240 €/ha)
- Extensive Weidetierhaltung (G3): Mindestens 180 Tage Weidegang pro Jahr (350 €/ha)
- Stickstoffdüngungsreduktion (G5): Reduktion der N-Düngung um 20 % (90 €/ha)
- Verzicht auf organische Düngung (G6): Verzicht auf organisches N (200 €/ha)
- Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger (G7): Genereller Verzicht auf PSM und mineralisches N (200 €/ha)

Ackerbauliche Maßnahmen

- Leguminosenanbau (A1): Anbau großkörniger Leguminosen ohne N-Düngung (200 €/ha)
- Halbierter Pflanzenschutzmitteleinsatz (A2): Reduktion PSM um 50 % (165 €/ha)
- Mehrjähriger Ackerfutterbau (A3): Zweijähriger Klee gras-Anbau auf AF (100 €/ha)
- Pflugverzicht (A4): Keine tiefe Bodenbearbeitung in der Hauptkultur (50 €/ha)
- Stickstoffreduktion (A5): Reduktion der N-Düngung um 20 % (100 €/ha)
- Schlaginterne Segregation (A6, A7): 90 % der Fläche mit 90 % N-Düngung und 10 % ohne Düngung oder Brache (110–120 €/ha)
- Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger (A8): Genereller Verzicht auf PSM und mineralisches N (300 €/ha)

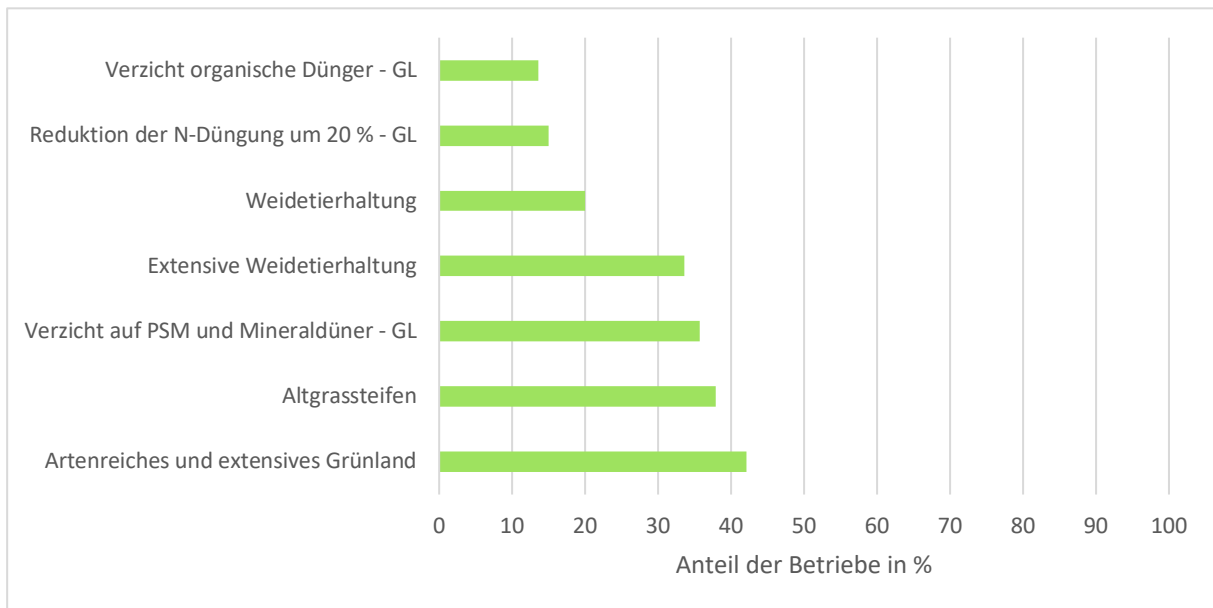
Fläche aus Produktion

- Grünbrache (FAP1): Stilllegung von Ackerland (750 €/ha)
- Nichtproduktive Flächen (FAP2): Einbindung von Landschaftselementen (ohne Prämie)
- Aufwertung der Grünbrache mit Blümmischung (FAP 3): optionale Aufwertung der Grünbrache durch Blümmischungen (200 €/ha)

Übergreifende Maßnahmen

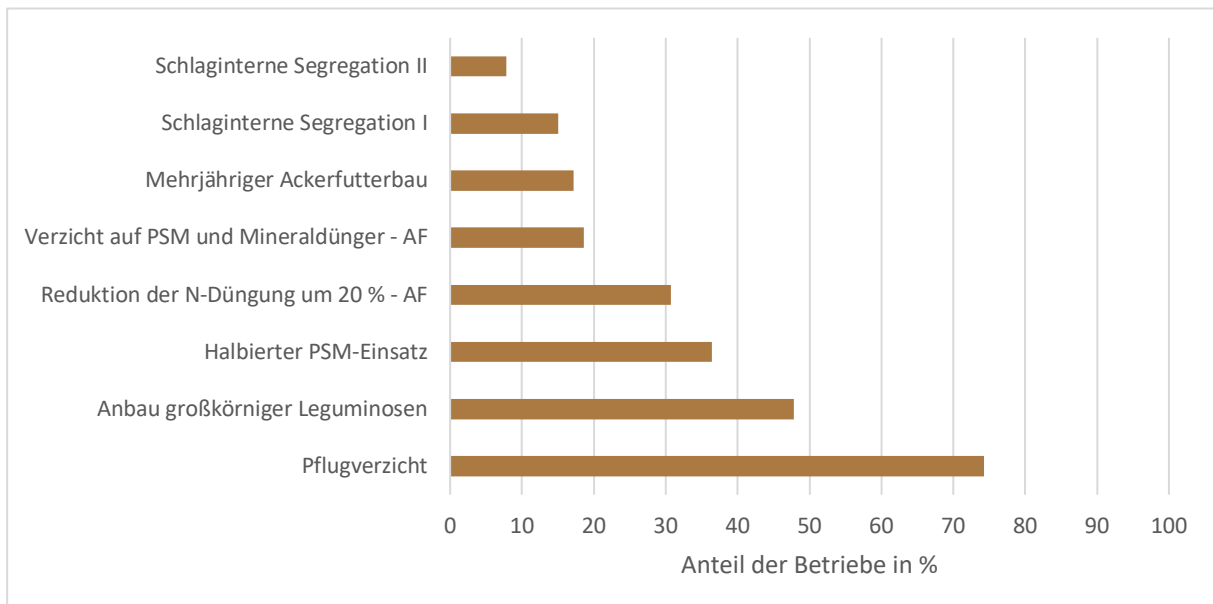
- Ansäuerung von Gülle (Ü1): Reduziert N-Verluste bei der Ausbringung um 60 % (30 €/ha)
- Fruchtfolgeerweiterung (Ü2): Mindestens fünf Kulturen auf der Ackerfläche (150 €/ha)
- Kleinteilige Landwirtschaft (Ü3): Förderung kleiner Schläge unter 5 ha (60 €/ha)
- Räumlicher Kulturartenwechsel (Ü4): nach 10 ha erfolgt der Wechsel der Hauptfrucht (50 €/ha)
- Unbearbeitete Stoppeläcker (Ü5): Stoppeln überwintern auf dem Feld (50 €/ha)
- Winterbegrünung (Ü6): Begrünung durch Untersaat oder Zwischenfrüchte (100 €/ha)

Anhang 8: Von den teilnehmenden Landwirten gewählte Maßnahmen auf Grünland



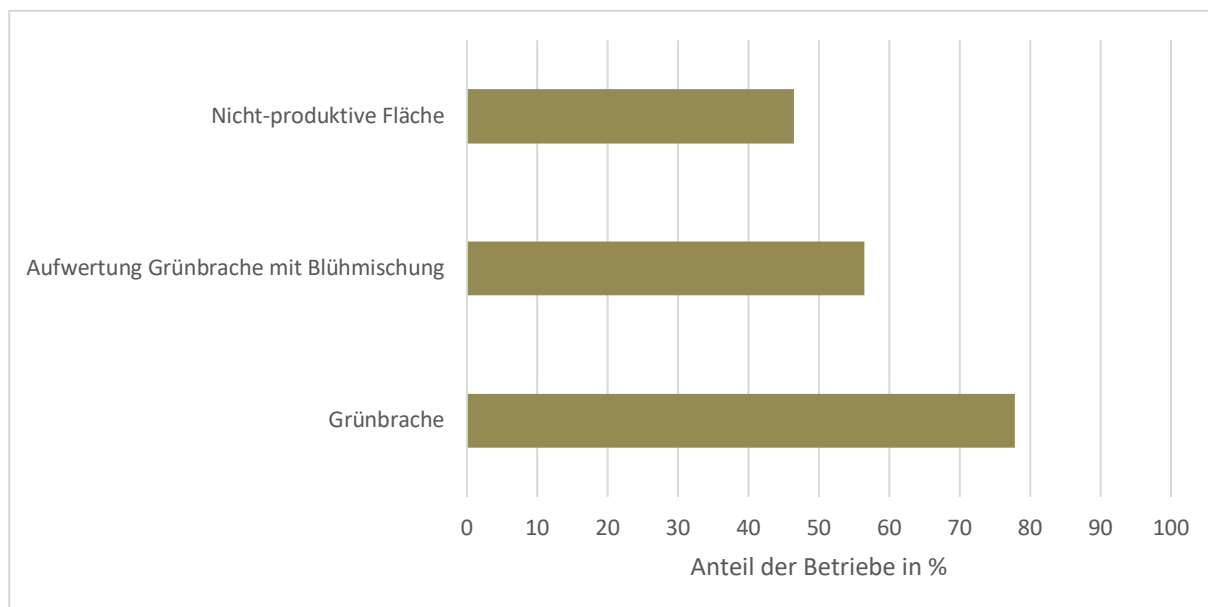
Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 9: Von den teilnehmenden Landwirten gewählte Maßnahmen auf Ackerland



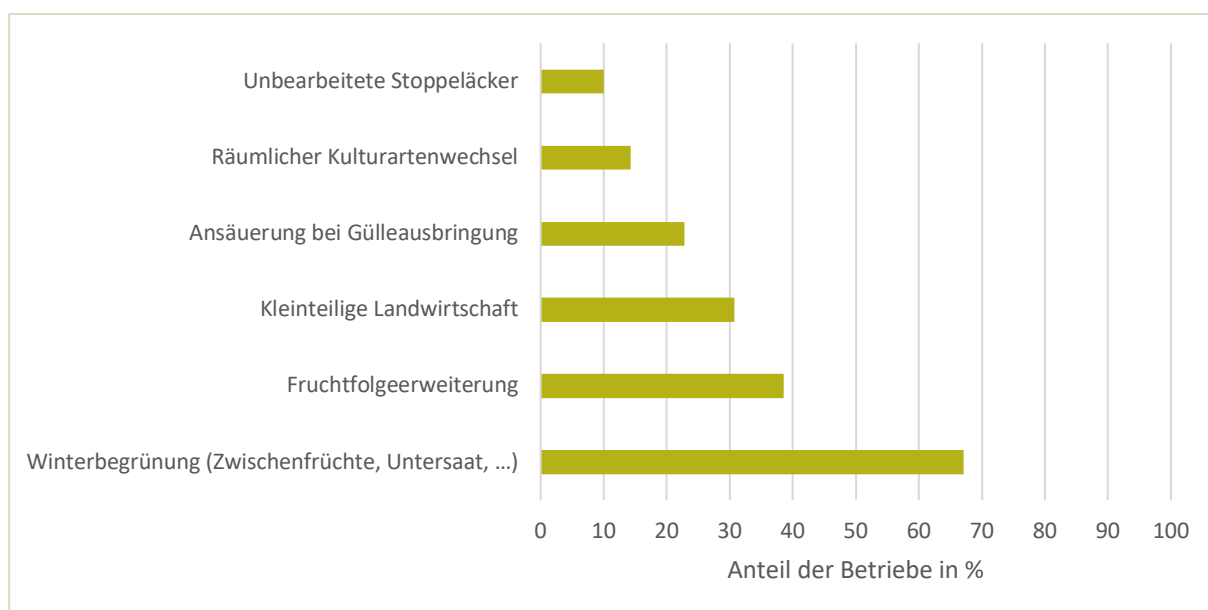
Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 10: Von den teilnehmenden Landwirten gewählte Maßnahmen auf der nicht-produktiven Fläche



Quelle: Eigene Darstellung

Anhang 11: Von den teilnehmenden Landwirten gewählte übergreifende Maßnahmen



Quelle: Eigene Darstellung